
3 Überfordert mit Veränderungen – Wutbürger auf dem Vormarsch

- ▶ **Wutbürger** ist eine sprachliche Neuprägung und wurde zum Wort des Jahres 2010 gewählt – und gleichzeitig fast zum Unwort desselben. Wutbürger (und ihr Vorbild „Bürger in Wut“) verkennen die Weiterentwicklung der Gesellschaft und unterliegen der Status-quo-Verzerrung; immer stärker beeinflussen nationalistische und rechts-populistische Ideen und Haltungen ihr Auftreten.

3.1 Fremde in Freiberg

Viele Menschen in der modernen Gesellschaft sind mit der Fülle der Veränderungen überfordert, die den Status quo bedrohen. In den Nachkriegs-Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland, der sogenannten Wirtschaftswunderzeit, ging es für die meisten immer nur weiter aufwärts. Diese Zeit war jedoch kein „Wunder“ im eigentlichen Sinn, sondern ein natürlicher Anpassungsprozess, also ein positives Boiling-Frog-Phänomen. Davon konnten die Bürger der ehemaligen DDR nur träumen, die von dieser Entwicklung über bundesdeutsche Verwandte und vor allem das Westfernsehen in mehr oder weniger objektiver Form Kenntnis erhielten. Vom stetigen Wohlstandszuwachs profitieren heute, im dritten Jahrzehnt des zweiten Jahrtausends unserer Zeitrechnung, im vereinigten Deutschland jedoch längst nicht mehr alle. Vor diesem Hintergrund sollte es leichter fallen, die Gemütslage und Gesinnung in den östlichen Bundesländern etwas besser zu verstehen.

Zunächst ein paar Hintergrundinformationen zur Selbstauflösung des Ostblocks, die viele von uns noch bewusst erlebt haben.

Aufbegehren in der DDR

Nachdem das menschenverachtende Nazi-Regime und der Zweite Weltkrieg überwunden waren, gingen die Bürger in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands 1953 erneut auf die Straße. Die SED-Regierung hatte die Arbeitsnormen wegen der desolaten Wirtschaftslage der DDR deutlich erhöht. Diese Anordnung betrachteten die Werktätigen jedoch als Provokation und lehnten sich offen dagegen auf. (Mein Vater setzte sich als junger Erwachsener ein Jahr später in den Westen ab.) Den Protest des 17. Juni – ein erstes Aufbegehren wütender Bürger in Deutschland nach dem Krieg – schlug die Staatsführung der DDR mit Hilfe der Sowjetarmee gewaltsam nieder. Weitere Aufstände und Demokratisierungsbewegungen in sozialistischen Bruderländern (1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei) wurden ebenfalls mit Hilfe der Schutzmacht UdSSR im Keim erstickt.

Der gesamte Ostblock geriet erst in den 1980er-Jahren, ausgelöst letztlich durch die polnische Werftarbeitergewerkschaft *Solidarność*, ins Wanken. 1989 sprangen auch die Ostdeutschen mit den Montagsdemonstrationen auf diesen Zug auf, was das – glücklicherweise friedliche – Ende der sozialistischen deutschen Teilrepublik letztlich besiegelte. Die Montagsdemonstrationen 1989 in der Endphase der DDR verliefen im Gegensatz zu zahlreichen anderen (oft gescheiterten) Aufständen der Vergangenheit und Gegenwart völlig gewaltfrei ab; der Arbeiter- und Bauernstaat war ebenso wie seine Schutzmacht abgewirtschaftet und finanziell sowie politisch am Ende. Diese von Leipzig ausgehenden Massenproteste waren ein bedeutender Bestandteil der Friedlichen Revolution. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ meldeten sich Woche für Woche Hunderttausende DDR-Bürger im ganzen Land zu Wort und demonstrierten gegen die politischen Verhältnisse. Ziel war eine friedliche, demokratische Neuordnung und insbesondere das Ende der SED-Herrschaft. Zudem wurden Reisefreiheit und die Abschaffung des Ministeriums für Staatssicherheit gefordert.

Glückliches Deutschland: Die Ostdeutschen blieben von der drohenden Gefahr eines Bürgerkriegs wie in Maghreb und Levante als Folge des Arabischen Frühlings verschont. Doch wenn's dem Esel zu wohl wird, lässt er sich wieder aufs dünne Eis locken. Wir erleben das aktuell in Form von Sirenenrufen, mit der anti-demokratische Bewegungen derzeit vermeintlich Schuldige für eine angebliche Misere präsentieren und mit gnadenlos plumper Rhetorik auf Stimmenfang gehen. Leider sind sie damit besonders in den drei südlichen Bundesländern auf Ex-DDR-Gebiet sehr erfolgreich.

Dabei wird die Symbolik der Montagsdemonstrationen für populistische Forderungen instrumentalisiert – ein Schlag ins Gesicht all derjenigen die sich 1989 unter großer Gefahr auf die Straße getraut haben.

Inzwischen ist historisch belegt, dass es unterhalb der Antifaschismus-Doktrin der DDR immer schon rechtsnationale Tendenzen gegeben hat. Antisemitismus und Rassismus wurden als nicht-existent erklärt – was natürlich nicht stimmte. An Schulen war es Volkssport, Hakenkreuze in die Tische zu ritzen. In den Fußballstadien beispielsweise konnte sich dieser jahrzehntelang versteckte Hass unbehelligt öffentlich austoben. Als die Mauer fiel, fielen im Osten auch alle Tabus, weil es keine akzeptierten Autoritäten mehr gab. Aber eine funktionierende Demokratie benötigt nun mal Geländer der Meinungsfreiheit. (nach Raack 2021)

Lassen Sie mich das heikle Thema der Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung mit einer Geschichte aus Freiberg, der Silberstadt in Sachsen, beginnen. Es handelt sich um eine reale Begebenheit, lediglich Name und Branche sind geändert. Mir gefällt Freiberg, das ich aus meiner Zeit in der Halbleiterindustrie sehr gut kenne: eine stilvoll (mit Bundesmitteln) restaurierte Altstadt mit gemütlichen Gaststätten, zwei Silbermannorgeln in den Kirchen, ein sehenswertes Besucherbergwerk – und die bekannteste DDR-Rockband, die Puhdys, hatte am 19. November 1969 im Tivoli in Freiberg ihren allerersten öffentlichen Auftritt.

Beispiel: Fremdenfeindlichkeit im Osten (1)

Der gebürtige Kalifornier Roderick Snyder (der als Vielflieger und Downshifter bereits in meinem Buch *Selbstmanagement im Beruf* einen Auftritt hatte; siehe Wenski 2021, S. 144–145) gehörte zum oberen Management des US-Unternehmens CaustChem Inc. Nach der Übernahme durch den deutschen Chemiekonzern Bavaria SE nach der Jahrtausendwende folgte die Ernennung zum Sales- und Marketingchef für Nordamerika. Da er bald auch im Gesamtunternehmen gut vernetzt war, erhielt Snyder die Zusatzaufgabe, als Mitglied des Führungskreises den Aufbau einer neuen Produktionsstätte im sächsischen Freiberg zu begleiten. Bei den monatlichen Steuerungssitzungen war er meist persönlich vor Ort. Er liebte die nach dem Ende des real existierenden

Sozialismus hübsch herausgeputzte Kreisstadt und kam mit den Vertretern vor Ort ebenso gut zurecht wie mit dem Projektteam aus dem Mutterkonzern.

An einem dunklen Spätherbstabend war er mit zwei deutschen Kollegen nach dem Essen auf dem Fußweg zurück zum Hotel, und sie unterhielten sich wie in dieser Runde üblich zwanglos auf Englisch. Außerhalb der Fußgängerzone begegneten sie einer Gruppe junger Männer, die mitbekamen, dass in einer Fremdsprache geredet wurde. Diesen schien das nicht zu gefallen, und es kam zu Pöbeleien, „Ausländerpack“- sowie schließlich „*Ami go home*“-Rufen und auch Schubereien. Roderick Snyder fiel auf, dass einige der Leute weiße Schnürsenkel in ihren Boots hatten. Und da die drei Chemievertreter in der Minderzahl und sonst keine Passanten oder Ordnungskräfte sichtbar waren, wurde ihm ganz anders.

Sicherlich wäre der Vorfall schlimmer ausgegangen, wenn sich Snyder und die Bavaria-Mitarbeiter zu Widerworten hätten provozieren lassen – doch man sollte in der Lage sein, seine Chancen realistisch einzuschätzen. (Das wusste er aus seiner Zeit bei der US Army.) Einer der beiden Deutschen stammte wie die rechtsnationalen Störenfriede ebenfalls aus Sachsen, und er redete beruhigend und im Dialekt auf die (etwas verdutzte) Gruppe ein. Die drei konnten zügig und unbehelligt weitergehen. Noch mal gutgegangen! ◀

Fremdenfeindlichkeit (= Xenophobie) ist eine Ausprägung von Diskriminierung, basiert heute vielfach auf Unkenntnis der Fremden und lässt sich als Resultat verzerrter Einschätzungen bewerten. Die Krawallmacher im Beispiel kennen keine Amerikaner und haben übersehen, dass die wirtschaftliche Investition möglicherweise auch ihnen eine Arbeitsplatzchance und der Kommune zusätzliche Steuereinnahmen zur Sanierung der Straßen bietet. Vielleicht wirkte auch die 40-jährige antiimperialistische Propaganda des DDR-Regimes nach, die sich in manchen Fällen von den Eltern auf ihre Kinder überträgt. Immerhin waren DDR-Bürger angehalten, außerhalb der Arbeit keine Kontakte zu ausländischen Vertragsarbeitern z. B. aus Vietnam, Kuba oder Angola zu pflegen; dieser war von den zuständigen Behörden zu genehmigen und berichtspflichtig. Wir wissen es

nicht. Zudem sei darauf hingewiesen, dass sich die geschilderte Begebenheit nicht nur deutlich vor Ausbruch der Corona-Pandemie, sondern ebenfalls lange vor der Flüchtlings-„Krise“ 2015 und Angela Merkels „Wir schaffen das!“ ereignet hatte.

Immer wieder Sachsen

Vor allem die Behörden im Bundesland Sachsen stehen schon länger in dem Ruf, auf dem rechten Auge blind zu sein (vgl. Abschn. 3.6). Als ich die oben geschilderte Begebenheit im zweiten Jahr der Pandemie in eine erste Textfassung goss, war schon zu erkennen, dass die Impfquote der Bürger in Sachsen, aber auch Thüringen und Sachsen-Anhalt deutlich unter dem Durchschnitt lag und die Quote der Impfverweigerer mit dem AfD-Resultat der letzten Bundestagswahl korrelierte. In anderen Worten: Fans der Rechtspopulisten misstrauen dem Staat und den von ihm für alle Bürger bereitgestellten Impfstoffen, reden die gesundheitlichen Auswirkungen von COVID-19 klein und/oder halten sich für immun gegen CoV-SARS-2 und seine Mutationen.

Allerdings konnte ich während der Niederschrift noch nicht ahnen, welche Entwicklung sich in der ersten Dezemberwoche 2021 abzuzeichnen begann. Die Polizei stoppte Corona-Demonstrationen in mehreren sächsischen Städten, darunter Freiberg (MDR 2021a). Zur Verwirrung und Zersplitterung der Kräfte hatten die rechtsnationalen Demonstranten bis zu 80 Veranstaltungen parallel angemeldet, ein Vorgehen, das später auch in München und anderswo Schule machte. Bereits zwei Tage zuvor sind Gegner der Corona-Politik mit Fackeln vor das Haus von Sachsens Gesundheitsministerin Köpping gezogen, was als „Angriff auf die Demokratie“ bezeichnet wurde (ARD 2021). In beiden Fällen verletzten die Protestbeteiligten bewusst die gültigen Anti-Corona-Vorschriften. Zudem erhielten der sächsische Ministerpräsident Kretschmer, Bundeskanzler Scholz und viele andere Politiker und Fachleute Morddrohungen bevorzugt über das Netzwerk *Telegram* (Wiebe 2022). Bezeichnend erscheint, dass der Baubürgermeister von Freiberg, Holger Reuter (CDU), den Umgang mit Ungeimpften mit dem Genozid von Armeniern in Zusammenhang brachte (MDR 2021b).

Längst aus der Tagespresse verschwunden sind die Aktivitäten der „Gruppe Freital“ aus dem gleichnamigen knapp 30 km entfernten Ort, deren Mitglieder 2015 Sprengstoffanschläge auf Asylunterkünfte und Übergriffe auf Flüchtlingsunterstützer nachgewiesen wurden. Immerhin hat sich auch in Freiberg mit dem Bündnis „Freiberg für alle“ mit über 5.300 Unterstützern – darunter der Autor dieser Zeilen – gegen die montäglichen „Corona-Spaziergänge“ inzwischen eine Gegenbewegung zu den selbsterklärten Wutbürgern formiert (FFA 2022).

- ▶ „Die größte Gefahr der Demokratie sind nicht zu viele Feinde, sondern zu wenige Freunde.“

Aktionsnetzwerk Freiberg für alle, frei nach dem Philosophen Karl Popper

Was wollen diese Leute, die teils gewalttätig und unter Missachtung behördlicher Auflagen auf die Straße gehen, um gegen dieses oder jenes zu demonstrieren? Eine homogene deutschstämmige Gesellschaft ohne fremdländische Elemente? Das DDR-Regime zurück – oder sogar die Nazi-Diktatur? Eine Welt ohne Corona-Pandemie? Oder etwas mehr persönlichen Wohlstand und etwas weniger soziale Ungleichheit? Im Lichte des hier vertretenen Leitgedankens (*Der Status quo lässt sich auf Dauer nicht aufrecht erhalten*) soll angesichts der jüngeren Entwicklung in Deutschland eine kurze Ursachenforschung folgen.

- ▶ **Tipp** „Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört“, sagte Willy Brandt nach dem Mauerfall 1989. Dies stellt für Ost- und Westdeutsche auch heute noch eine gewisse Herausforderung dar, an deren Bewältigung wir alle vorurteilsfrei und gesinnungssoffen arbeiten sollten.

3.2 Wutbürger 2010: Sarrazin und Stuttgart 21

Dass Bürger auf die Straße gehen und demonstrieren bzw. protestieren, wenn ihnen das Vorgehen der Obrigkeit nicht gefällt, hat es in vielen Staaten und zu allen Zeiten gegeben – ein wichtiges Recht in einer liberalen

Demokratie. In Deutschland forderten Demonstranten Anfang des 20. Jahrhunderts bessere Arbeitsbedingungen und das Frauenwahlrecht, und im Ersten Weltkrieg richteten sich die Proteste gegen die Versorgungssituation. In den USA waren es vor allem die Demonstrationen gegen Rassentrennung und den Vietnamkrieg, die in den 1960er-Jahren für weltweites Aufsehen sorgten.

In Diktaturen und unter Militärregimen werden bis heute Protestkundgebungen gegen die Staatsgewalt in der Regel schnell niedergeknüppelt, und die Mutigen, die auf die Straße gehen, haben weit Schlimmeres als nur die Aufnahme der Personalien zu befürchten. Beispiele sind neben den „üblichen Verdächtigen“ Russland und China zahlreiche weitere Länder wie Belarus, Myanmar, Thailand oder Ägypten – die Liste der untereinander politisch oft nahestehenden Nationen ist lang. Den Arabischen Frühling mit langanhaltenden Bürgerkriegen unter anderem in Syrien, Libyen und im Jemen mit vielen Toten und Millionen Geflüchteter habe ich bereits erwähnt. In Deutschland stellt das Demonstrationsrecht ein Grundrecht dar, das im Artikel 8 des Grundgesetzes (Versammlungsfreiheit) verankert ist.

Ein neuer Begriff im Duden

Nicht nur in der DDR, sondern auch im Westen des geteilten Deutschlands, der „alten“ Bundesrepublik¹, gab es auch vor der Vereinigung regelmäßig Großdemonstrationen zu brisanten Gegenwartsthemen: 1952 in Essen gegen die bundesdeutsche Wiederbewaffnung, 1967 in Berlin anlässlich des Schahbesuchs (gefolgt von den 1968er Studentenunruhen), 1980 in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss. In ganz Deutschland richteten sich 1991 Proteste gegen den Irakkrieg und 1992 gegen Fremdenhass. Danach wird die Liste der Großdemonstrationen und Widerstandsaktionen

¹ Ich habe es an anderer Stelle (Wenski 2022, S. 53) bereits erwähnt und wiederhole es hier gerne noch einmal: „BRD“ als Bezeichnung für den westdeutschen bzw. gesamtdeutschen Staat ist im Gegensatz zum Akronym DDR (welches die Axel-Springer-Pressen bis 1989 in Anführungszeichen geschrieben hatte) keine offizielle Abkürzung und sollte vor dem Hintergrund der damit verbundenen Kontroversen seit den 1970er Jahren nicht verwendet werden. Leider findet man diese Abkürzung heute auch in renommierten Medien wie der Süddeutschen Zeitung.

etwas unübersichtlich, und nicht immer standen und stehen die Versammlungen für Ziele, die von der Mehrheit der Bürger getragen werden. Rechte Aufmärsche gegen Flüchtlingsunterkünfte und gegen Corona-Schutzmaßnahmen sind dabei ein Fanal (siehe Abschn. 5.3). Dies bringt uns zwanglos zum Begriff „Wutbürger“.

Wutbürger

Klickt man vom Stichwort *Wutbürger* in Wikipedia (2022s) weiter auf den zugehörigen englischsprachigen Artikel, so landet man überraschenderweise bei einem Beitrag mit dem Titel *Disgusted of Tunbridge Wells*. Der Hintergrund ist folgender: Royal Tunbridge Wells ist eine stereotyp-konservative englische Stadt 50 km südöstlich von London mit knapp 60.000 Einwohnern, und unter dem Pseudonym *Disgusted* („der Angewiderte“) hat im frühen 20. Jahrhundert ein stockkonservativer anonymer Leserbriefschreiber die *London Times* regelmäßig mit seinen kruden Ansichten bombardiert. Der Begriff „Disgusted of Tunbridge“ wurde 1944 in einem BBC-Radioprogramm bekanntgemacht und steht seitdem für stark aufgebrachte Bürger mit deutlich konservativen bis reaktionären Ansichten. Also Wutbürger.

Richtig los ging es mit den aktuellen deutschen Bürgerprotesten erst 2010 mit Thilo Sarrazin und Stuttgart 21. Wutbürger ist ein mediales Schlagwort, das im selben Jahr als Neologismus (= sprachliche Neuprägung) in Deutschland aufkam. Der zuvor kaum verwendete Begriff wurde durch das Essay *Der Wutbürger* des Journalisten Dirk Kurbjuweit im Spiegel geprägt; Untertitel „Stuttgart 21 und Sarrazin-Debatte: Warum die Deutschen so viel protestieren“ (Kurbjuweit 2010). Er schreibt dazu: „Selbstverständlich gibt es Unterschiede zwischen den beiden Beispielen. Aber es gibt Parallelen, es geht jeweils um Zukunftsvergessenheit. Der Wutbürger wehrt sich gegen den Wandel, und er mag nicht Weltbürger sein. Beide Proteste sind Ausdruck einer skeptischen Mitte, die bewahren will, was sie hat und kennt, zu Lasten einer guten Zukunft des Landes.“ Da ist sie wieder, die Status-quo-Verzerrung.

Wutbürger wurde im selben Jahr zum deutschen „Wort des Jahres“ 2010 gewählt, gefolgt von hier ebenso relevanten Begriffen wie Stuttgart 21, Sarrazin-Gen, Cyberkrieg und WikiLeaks; inzwischen fand es Aufnahme in den Duden. Dem sogenannten Wutbürger wurden in der Presse negative Eigenschaften wie „renitent“, „egoistisch“ und „spießbürgerlich“ zugeschrieben. Der Ausdruck lässt sich in einigen Medien bereits seit 2007 als

Bezeichnung für Mitglieder der sogenannten *Bürger in Wut* nachweisen (eine 2004 gegründete rechtspopulistische Wählervereinigung), seit 2014 auch für PEGIDA-Anhänger (Abschn. 3.3) und einige AfD-Mitglieder.



Abb. 3.1 Abriss des Nordflügels und Bürgerproteste gegen Stuttgart 21 am 26. August 2010. Foto: Mussklprozz (Wikipedia; CC BY-SA 3.0)

Brandstifter Thilo Sarrazin

Man kann für oder gegen den Bahnhof Stuttgart 21 sein, die Globalisierung oder Windräder und Stromtrassen – letztlich kämpft doch jeder Bürger und jede Gemeinde primär für die eigenen Interessen und weniger für das Gemeinwohl (vgl. Abschn. 7.4). Doch derart verblendeten Zeitgenossen wie Thilo Sarrazin sollten Moral und Anstand in einer offenen pluralistischen Gesellschaft Einhalt gebieten. Leider kann man sich darauf aber nicht verlassen, und die Lunte, die dieser „Brandstifter“ (Fahrenholz 2011) angezündet hat, brennt unvermindert weiter.

Sarrazin (geb. 1945) ist ein deutscher Volkswirt und Buchautor und war SPD-Politiker. Nach Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst und bei der

Deutschen Bahn wirkte er 2002–2009 als Finanzsenator im Berliner Senat und anschließend für kurze Zeit als Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank. Nachdem Sarrazin mit Ratschlägen an Hartz-IV-Empfänger überregional bekannt geworden war und mit *Deutschland schafft sich ab* einen umstrittenen Bestseller geschrieben hatte, schied er dort aus. 2020 folgte der Ausschluss aus der SPD, ein Schritt, zu dem sich die CDU bei ihren Ultrarechtsauslegern Hans-Georg Maaßen und Max Otte von der hoch umstrittenen Werteunion bisher nicht entschließen konnte.

Der Autor beschreibt in seinem am 30. August 2010 erschienenen Buch die Folgen, die sich seiner Ansicht nach für Deutschland aus der Kombination von Geburtenrückgang, wachsender Unterschicht und Zuwanderung aus überwiegend islamisch geprägten Ländern ergeben würden. Sarrazins Thesen erzeugten ein erhebliches Echo in den Medien und der Politik und waren ein Schlag ins Gesicht jeglicher Integrationsbemühungen. Weitere Hetzbücher folgten, die auf Platz eins der Spiegel-Bestsellerliste landeten. Doch seien wir mal ehrlich: Eigentlich bedürfen die ausländerfeindlichen Krawalle vor allem im Osten gar keines Thilo Sarrazins, sondern dieser hat sich umgekehrt mit seinen an der Zeitströmung orientierten Pamphleten lediglich eine goldene Nase verdient.

Beispiel: Fremdenfeindlichkeit im Osten (2)

Hoyerswerda ist eine Große Kreisstadt im Freistaat Sachsen, mit heute 32.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt der Oberlausitz, und liegt 55 km nordöstlich von Dresden im sorbischen Siedlungsgebiet. Bundesweiten Bekanntheitsgrad erreichte sie 1991. Die „Ausschreitungen von Hoyerswerda“ waren mehrere rassistisch motivierte Übergriffe in der sächsischen Stadt zwischen dem 17. und 23. September. Dabei wurden ein Wohnheim für ehemalige DDR-Vertragsarbeiter sowie ein Flüchtlingswohnheim attackiert. Teilweise standen bis zu 500 Personen vor den Heimen und beteiligten sich an der Aggression. Die Polizei zeigte sich nicht willens, die Angriffe zu stoppen. Es war damit losgegangen, dass mindestens acht überwiegend jugendliche Neonazis auf dem Marktplatz von Hoyerswerda vietnamesische Händler angriffen, die sich daraufhin in das Wohnheim flüchteten.

Diese Randalere des Mobs bildete den Auftakt zu einer Serie ausländerfeindlicher Ausschreitungen Anfang der 1990er-Jahre in Deutschland. Bei den Ausschreitungen von Hoyerswerda wurden 32 Menschen verletzt. Es gab 82 vorläufige Festnahmen von Verdächtigen, jedoch folgten nur vier Verurteilungen. Im Anschluss an die Ausschreitungen wurde die Kommune – in Anlehnung an den NS-Begriff „judenfrei“ – von Neonazis als „erste ausländerfreie Stadt“ bezeichnet. Am darauffolgenden Wochenende kam es zu 78 rassistischen Überfällen im gesamten Bundesgebiet. (Wikipedia 2022c)

Die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen zwischen dem 22. und 26. August 1992 richteten sich gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber und ebenfalls gegen ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter, das „Sonnenblumenhaus“. Es handelte sich um die bislang massivsten rassistisch motivierten Angriffe in Deutschland nach Ende des Zweiten Weltkrieges. An den Ausschreitungen beteiligten sich mehrere hundert teilweise rechtsextreme Randalierer und bis zu 3.000 applaudierende Zuschauer, die zudem den Einsatz von Polizei und Feuerwehr behinderten. Nachdem die Aufnahmestelle evakuiert worden war, wurde das angrenzende Wohnheim, in dem sich noch über 100 Vietnamesen und ein Fernsehteam des ZDF aufhielten, mit Molotowcocktails in Brand gesteckt. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zog sich die Polizei zeitweise völlig zurück, und die im brennenden Haus Eingeschlossenen waren schutzlos sich selbst überlassen. „Pogrom“ bezeichnet die Übergriffe in Lichtenhagen recht gut. Den deutschen Nachbarn wurde ein Monat mietfreies Wohnen zugestanden. Die Angegriffenen erhielten keinerlei Kompensationsleistungen; nicht einmal eine offizielle Entschuldigung gab es. (Wikipedia 2022d; NDR 2022) Einem Spötter mag sich die Frage stellen, wie die Ordnungsmacht reagiert hätte, wenn die Randalere von einer linksorientierten Gruppe ausgegangen wäre (vgl. Abschn. 3.6). ◀

Wehre den Anfängen!

Sie verstehen also, worauf ich in diesem Kapitel hinauswill. Neonazistisches, völkisches und ultrarechtes Gedankengut steckt in gewissen Teilen der deutschen Gesellschaft drin, ist fest in den Köpfen verankert – im West-

genauso wie im Ostteil der Republik, früher wie heute. Seine Anhänger möchten den Status quo erhalten: das bundesdeutsche Wirtschaftswunder, die D-Mark, die DDR und/oder die homogene weiße Gesellschaft – ein durch die Status-quo-Verzerrung beflügelter Irrglaube. Einige misstrauen dem Staat und der Verwaltung grundsätzlich und fordern einen Wechsel an der Spitze und gar eine Revolution, möglicherweise wieder mit einem starken Mann, der das alleinige Sagen hat. Aber das hatten wir ja alles schon, und viele glücklose und teilweise gescheiterte Staaten (*Failed States*) sind leider heute in genau solch einer Situation (Beispiele in Abschn. 5.4).

Natürlich gehören nicht alle sogenannten Wutbürger dazu und betätigen sich als Demonstranten und Populisten. Dafür treiben andere ihre faschistoiden Ideen in aller Heimlichkeit voran, was in der Konsequenz möglicherweise viel schlimmer ist. Sei es, wie es sei: Das Boiling-Frog-Syndrom lässt grüßen, wenn man die Rechtsradikalen gewähren lässt. „Wehre den Anfängen“, lasen Sie in Abschn. 2.4 bereits. Erweitert heißt es: *Principiis obsta. Sero medicina parata, cum mala per longas convaluere moras.* („Wehre den Anfängen! Zu spät wird die Medizin bereitet, wenn die Übel durch langes Zögern erstarkt sind.“) Das Zitat wird heute zumeist im Plural des Verbs gebraucht, um vor verderblichen Entwicklungen zu warnen – freilich ohne den Ursprung und Ovids ironisch gemeintes Pathos zu kennen. (Wikipedia 2022m)

Noch ein Zitat aus Kurbjuweits Essay: „Fast jedes neue Kraftwerk, fast jede Hochspannungsleitung, fast jedes Windrad, fast jede Straße ist umstritten, weil sie nicht in Lebensgefühle passen oder Lebenslagen verändern. Deutschland wird erstarren, wenn sich allerorten die Wutbürger durchsetzen. Die nächste Moderne wird von chinesischem Tempo und chinesischen Dimensionen bestimmt werden. Deutschland muss und sollte das nicht alles mitmachen, aber es muss und sollte Anschluss halten und nicht wütend das Überkommene verteidigen.“

Tipp Liebe „Wutbürger“: Benutzt zunächst einmal euren Verstand, bevor Ihr zum Randalieren auf die Straße geht, und besinnt Euch auf die Werte, welche die liberale Demokratie darstellt. erinnert euch an einen Ausspruch der US-Präsidenten John F. Kennedy bei seiner Antrittsrede am 20. Januar 1961: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst.“

3.3 2015: Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung

Die Wutbürger mit ihrem Groll, der inzwischen immer breitere Kreise erfasst, lassen sich als lautstarke Bannerträger des Status quo einordnen. Machen wir einen kleinen zeitlichen Sprung, um sie im gesellschafts-politischen Kontext weiter zu begleiten. Dazu wird es notwendig sein, die zunehmenden Tabubrüche durch diese allmählich radikaler werdenden Minderheiten aufzuspüren und zu thematisieren. Und Sie merken vermutlich schon: Wenn Adverbien wie „allmählich“ im Text auftauchen, geht es neben der Status-quo-Verzerrung auch um das Boiling-Frog-Syndrom. Und der oben wiederholten Warnung vor den Anfängen.

Neben den zuvor genannten Spannungsfeldern *Ausländer* und *umstrittene Bauvorhaben* dominiert bei den Wutbürgern – die damals noch nicht so hießen, sich jedoch bereits so verhielten – schon seit 2002 ein Reizthema, das unterschiedlichste Gesellschaftsschichten verbindet: der Euro, der als Gemeinschaftswährung die liebgewonnene und für Stabilität stehende Deutsche Mark ersetzt hat. 2002 waren die Euro-Befürworter (39 %) noch in der Minderheit gegenüber den Euroskeptikern (52 %). 2014 befürworteten mittlerweile drei Viertel der Deutschen den Euro; eine Minderheit von 22 % lehnte ihn ab, obwohl die Vorteile erwiesenermaßen die Nachteile deutlich überwiegen (Wikipedia 2022g). Die Euroskepsis wurde von der Wirtschaftspresse teilweise noch gefördert (z. B. Fischer 2011). Und natürlich hat auch Thilo Sarrazin dazu eine Meinung, die er im Buch *Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschenken in die Krise geführt hat* (2012) seinen Fans kundgetan hat.

Viel älter als die Skepsis gegen die Euro-Währung ist die Kritik an der Europäischen Union und ihren Vorgängerorganisationen Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, „Montanunion“), EWG und EG. Seit Bestehen der Gemeinschaft aus zunächst nur Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten ist Kritik aus der einen oder anderen Richtung zu hören und war bereits früh ein Bestandteil der Geschichte des europäischen Integrationsprozesses. (Heute mit – nach dem Brexit – 27 EU-Staaten, darunter ein paar notorische Quertreiber, und zahlreichen weiteren

Interessenten auf dem Balkan und in Osteuropa ist sie nicht gerade kleiner geworden.) So fürchtete etwa die deutsche SPD in den fünfziger Jahren, die europäische Integration könnte ein Hindernis für die deutsche Wiedervereinigung werden; später betrieb sie dann eine integrationsfreundliche EU-Politik. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle vertrat in den 1960er-Jahren eine Position, die auf die Schwächung der Kommission und eine Umwandlung der Europäischen Gemeinschaften in einen Staatenbund abzielte. Am deutlichsten war die Ablehnung einer supranationalen Integration in Großbritannien, das fürchtete, auf diese Weise seine – tatsächliche oder gefühlte – politische Großmachtstellung zu verlieren. (Wikipedia 2022h)

AfD und PEGIDA

Und damit nähern wir uns dem Jahr 2015 – und den weiteren Entwicklungen im rechten Spektrum der politischen Orientierung. Diese hatten Deutschland eine neue Partei beschert, um die es in Abschn. 3.4 dann noch ausführlicher gehen soll. Daneben bildeten sich extremistische „Bürger“-Bewegungen, die der neuen Partei inhaltlich sehr nahestehen.

Die *Alternative für Deutschland* (Kurzbezeichnung: AfD) ist eine rechtspopulistische und rechtsextreme politische Partei. Sie wurde 2013 im gesellschaftlichen Klima des Wutbürgertums als EU-skeptische und rechtsliberale Partei gegründet. Im Juli 2015 spaltete sich unter Bernd Lucke ein wirtschaftsliberaler Flügel ab, während sich der überwiegende Rest der Partei deutlich nach rechts entwickelte. Politikwissenschaftler sehen Antisemitismus auf allen Ebenen der Partei stark ausgeprägt. (Wikipedia 2022a) Bereits im Europaprogramm 2014 heißt es: „Die AfD wird die deutschen Wähler aufrütteln angesichts des drohenden Verlusts unserer Souveränität an ein unausgegorenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa.“

Einen europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika lehnt die AfD ab, da es „keine europäische Nation und kein europäisches Staatsvolk“ gibt. Das Souveränitätsverständnis der AfD stützt sich hier auf ein homogenes Volk, ein Begriff, der in Verbindung mit dem Staat eine wesentliche Rolle im konservativen Denken spielt und Grundlage von Identität, Staatszugehörigkeit und Souveränität ist. (Bebnowski 2015, S. 6–7)

Beispiel: Montags nie

Neben regelmäßigen dienstlichen Aufenthalten im sächsischen Freiberg (siehe Abschn. 3.1) bin ich ebenfalls des Öfteren nach Dresden gefahren, um mich mit Geschäftspartnern zu treffen, an Veranstaltungen teilzunehmen oder Seminare abzuhalten. Dabei habe ich mir, sofern ich die Wahl hatte, seit Herbst 2014 verkniffen, den Montagabend in dieser schönen Stadt zu verbringen. Angesichts des hier behandelten Themas mögen Sie ahnen, warum.

PEGIDA (ein Akronym für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) ist eine islam- und fremdenfeindliche, völkische, rassistische und rechtsextreme Organisation. Seit Oktober 2014 veranstaltet die Vereinigung in Dresden Demonstrationen gegen eine von ihr behauptete Islamisierung und die Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschlands und Europas, bei der neurechte und rechtspopulistische Akteure aus Deutschland und anderen Staaten Europas auftreten. Um den Jahreswechsel 2014/2015 demonstrierten immer montags (der ebenfalls in Abschn. 3.1 erwähnte Schlag ins Gesicht der Montagsdemonstranten von 1989) rund 20.000 Menschen gegen die Islamisierung Deutschlands – während in ganz Sachsen nicht einmal 4.000 Moslems leben. Eine Abgrenzung von teilnehmenden Neonazis und Hooligans fand und findet nicht statt. Gegen mehrere PEGIDA-Organisatoren und -Redner sind Strafverfahren anhängig bzw. Verurteilungen erfolgt.

Verfassungsschutzbehörden der Länder weisen auf rechtsextreme Tendenzen bei PEGIDA selbst und ihren Ablegern in anderen Städten auch in Westdeutschland hin. Insgesamt radikalisiere sich die Bewegung seit 2015 immer mehr; allerdings verkleinert sie sich seit Ende desselben Jahres hinsichtlich der Teilnehmerzahlen an Demonstrationen inzwischen kontinuierlich. Ob mit PEGIDA-Organisatoren oder Demonstranten ein Dialog geführt werden kann und soll, ist von Anfang an Gegenstand kontroverser Diskussionen. Seit Mai 2021 wird die Bewegung durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen als „erwiesene extremistische Bestrebung“ eingestuft und beobachtet. (siehe auch Götzke 2015, Wikipedia 2022o) ◀

„Wir schaffen das!“ und die Leitkultur der CSU

In den Jahren 2015 und 2016 sind über eine Million Geflüchtete, Migranten und andere Schutzsuchende nach Deutschland eingereist. Der starke Zustrom innerhalb kurzer Zeit löste in unserem Land eine gesellschaftliche Debatte über die Ausrichtung der Asyl- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union und der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik Deutschlands aus. Bei der Aufnahme der Migranten durch die Bevölkerung in Deutschland und beim Umgang mit ihnen gibt es zwischen Willkommenskultur und Fremdenfeindlichkeit ein breites Spektrum an Einstellungen und Verhaltensweisen. Der Begriff „Flüchtlingskrise“ ist umstritten (Wikipedia 2022j). Aus meiner Sicht handelte es sich um eine essenzielle Krise für die betroffenen Geflüchteten, jedoch keineswegs für uns überwiegend vom Wohlstand verwöhnte Deutsche.

Der später vielfach kritisierte Ausspruch „Wir schaffen das!“, den Angela Merkel in der Bundespressekonferenz am 31. August 2015 machte und in den Folgemonaten mehrfach wiederholte, dürfte das bekannteste Statement der damaligen Bundeskanzlerin sein, und die negativen und teilweise hasserfüllten Reaktionen stellten eine Zäsur in der Bewertung der christlichen Nächstenliebe in Deutschland dar. Noch 2021 warnte der glücklose CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet im Wahlkampf: „2015 darf sich nicht wiederholen.“

Die CSU (vgl. Abschn. 1.2) beklagt sich seit Jahren über den damaligen scheinbaren Rechtsbruch der Bundesregierung, die 2015 die Grenze zu Österreich geöffnet hat – allerdings erhebt sie diesen Vorwurf zu Unrecht (siehe Braun 2018). Das reiche Bundesland Bayern sieht sich als Opfer der Flüchtlingspolitik und macht sich seitdem für Ab- und Ausweisung sowie Rückführung und Obergrenze stark. „Wer bei uns bleiben will, muss die deutsche Leitkultur anerkennen und leben“, heißt es bei der CSU (2015); „Multikulti ist gescheitert“ ist noch ein harmloserer von zahlreichen markigen Sprüchen. Für eine kritische Betrachtung vgl. z. B. Geuther und Watzke 2016, wo Sie auch nachfolgende sich gegenseitig ausschließende Zitate finden:

- ▶ „Wer unsere Leitkultur nicht akzeptiert, der muss ganz einfach mit Sanktionen rechnen.“ *Emilia Müller (CSU)*

- ▶ „Leitkultur ist ein unbestimmter Begriff, und das ist auch gut so.“
Markus Blume (CSU)

Entsprechend massiv waren und sind die Vorstöße der CSU, dass sich Geflüchtete in Bayern nicht wohlfühlen sollen und bis zur möglichen Abschiebung konsequent isoliert werden müssen (Pro Asyl 2015, 2017; Wikipedia 2022b und dort aufgeführte Quellen). Dies deckt sich mit meiner eigenen Erfahrung in dem oberbayerischen Landkreis, in dem ich wohne. Mit dem Begriff „Asyltourismus“ haben Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und Innenminister Joachim Herrmann die Flucht vor Gewalt, Krieg, Folter, Verfolgung, Hunger oder Armut zur Urlaubsreise umgedeutet (Biazza 2018). Und so wundert es nicht, dass man in den CSU-Ortsverbänden befürchtete, Bayern werde von Flüchtenden überrannt; Migranten etwa aus dem afrikanischen Eritrea¹ wurden als „Militärdienstflüchtlinge“ bezeichnet, und das N-Wort fand Verwendung. Da auch mein eigener Vater Flüchtling war – zum Ende des Zweiten Weltkriegs aus den deutschen Ostgebieten (Wenski 2022a) und später aus der DDR –, finde ich derartige scheinheilige Arroganz zynisch und menschenverachtend.

Flüchtende zwischen Willkommenskultur und Ablehnung

Während Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen noch als Einzelfälle abgetan wurden, ist ab 2015 eine deutliche Radikalisierung der politischen Auseinandersetzung besonders in der Flüchtlingsfrage zu beobachten, was wiederum an das Boiling-Frog-Syndrom denken lässt. Die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz und anderswo durch eine aus Nordafrika stammende Tätergruppe und vor allem der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche am 19. Dezember 2016 mit zwölf Toten durch den Tunesier Anis Amri

¹ Nur zur Erinnerung: Eritrea wird auch als „hermetischer Polizeistaat“ und „Nordkorea Afrikas“ bezeichnet; die besorgniserregende Menschenrechtssituation dort ist Wikipedia ein eigenes Stichwort wert (2022n). Das totalitär regierte Land hat bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung am 2. März 2022 zusammen mit Nordkorea, Syrien, Belarus und Russland gegen eine Resolution gestimmt, die den Angriff Russlands auf die Ukraine verurteilt hat. Eritreischen Flüchtenden droht in Libyen Entführung und Folter unter anderem durch eigene Landsleute, um weitere hohe Summen von ihren Angehörigen zu erpressen.

entfachten den fanatischen Widerstand bestimmter Kreise in der Bevölkerung gegen die Flüchtlingspolitik der Großen Koalition. Die Folge war ein Anstieg flüchtlingsfeindlicher Angriffe und eine sprachliche Verrohung (siehe Abschn. 5.3); rechtsextremistische Positionen stießen im bürgerlich-rechtspopulistischen Spektrum nicht mehr in allen Fällen auf Ablehnung.



Abb. 3.2 Flüchtende am 24. Oktober 2015 nachts auf der Innbrücke zwischen Braunau (Österreich) und Simbach (Niederbayern), ganz in der Nähe meines Wohnorts. Foto: Christian Michelides (Wikipedia; CC BY-SA 4.0)

Im genannten Wikipedia-Artikel (2022j) sind für den Dreijahreszeitraum ab 2016 neben dem Berliner Anschlag nur drei weitere größere islamistisch motivierte Vorfälle aufgelistet, allerdings 21 Polizeiaktionen wegen Terrorverdacht. Unbehagen und Ängste vieler Bürger hinsichtlich der möglichen, durch die hohe Zahl der Flüchtenden verursachten gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen hatten laut Verfassungsschutz zugenommen. Ein Viertel der in der Flüchtlingsarbeit engagierten Personen wurden wegen ihres Engagements angefeindet oder beleidigt. Das Bundeskriminalamt berichtete bereits Ende August 2015 von einer Verdopplung rechtsextremistisch motivierter Straftaten gegen Asylbewerberunterkünfte.

- ▶ **Tipp** Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass hellhäutige blauäugige Flüchtende christlichen Glaubens (aktuell aus der Ukraine) anders bei uns aufgenommen werden als dunkle braunäugige Moslems? Behandeln Sie alle Fremden gleich, fair und mit Respekt, denn sie sind Gäste in unserem Land und vielfach nicht aus Jux und Tollerei migriert.

Und damit sind wir wieder zwanglos beim politischen Arm dieser Hetze. Rechte Parteien wie die AfD instrumentalisierten die vermeintliche Krise, indem sie sich als Beschützer jüdischen Lebens gegen die Islamisierung gerierten – was sich bis heute nicht geändert hat. Muslime, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, werden mit den Geflüchteten in einen Topf geworfen. Populisten verbreiten eine verschwörungstheoretische Deutung der Flüchtlingsbewegung: Sie sei nicht auf Push-Faktoren in den Herkunftsländern zurückzuführen, sondern auf das absichtsvolle Wirken geheimer Eliten, die eine Umvolkung oder eine Zerstörung der Werte des christlichen Abendlandes im Schilde führten.

- ▶ Die Selbstbehauptung, dass die AfD jüdisches Leben schütze, sollte man nicht allzu ernst nehmen. Die rechtsextreme Partei bemüht immer wieder antisemitische Stereotype – zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse im Auftrag des *American Jewish Committee*. Solidarität mit Israel und der jüdischen Gemeinde zeige die Partei nur zwecks „migrationsfeindlicher Propaganda“. Antisemitismus gehört zum programmatischen Kern der AfD. (Spiegel 2021)

3.4 2019: AfD – Alternative zur Demokratie?

Abschn. 3.3 hat bereits einen kleinen Vorgeschmack dessen geliefert, wohin ein gezielt angestacheltes Wutbürgerertum führen kann. Trotz Pressefreiheit und Meinungspluralität in Deutschland – oder gerade deswegen? – fallen nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung immer wieder auf Verführer und Demagogen aus der völkisch-rechten Schmutzdecke herein. Denn anscheinend hat nicht jeder im Geschichtsunterricht beim Kaiserreich Wilhelm II. (der in Abschn. 1.4 bereits einen Auftritt hatte) und besonders bei Weimar und dem 1000-jährigen Reich (das nur ganze zwölf Jahre

bestand) aufgepasst. Inzwischen hatte der Hetzer Thilo Sarrazin mit seinem Buch *Feindliche Übernahme: Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht* (2018) noch einmal agitatorisch nachgelegt.

Was waren wir alle 2019 noch naiv. Dass nach dem nächsten Jahreswechsel die COVID-19-Pandemie weltweit flächendeckend mit bisher mehr als sechs Millionen Todesopfern zuschlagen und die Funktionsträger und Menschen über Jahre hinaus beschäftigen würde, ahnte damals noch niemand. Jedoch hat es bereits lange vorher Warnungen vor einem solchen Szenario und entsprechende Übungen gegeben, z. B. LÜKEX 2007 in Deutschland (BBK o. J.) und SPARS 2017 in den USA (Wikipedia 2022r).

Biedermann und die Brandstifter

Zunächst zu 2019 also, und dem weiteren Fortschreiten von Wutbürgertum, Radikalisierung der AfD und Spaltung der Gesellschaft. Bei der sächsischen Landtagswahl 2019 erhielt die AfD 27,5 % der Zweitstimmen und errang fast ein Drittel der Parlamentssitze. In Brandenburg waren es im gleichen Jahr 23,5 %, in Thüringen 23,4 % der Zweitstimmen, in Sachsen-Anhalt 20,8 %. (In den westdeutschen Bundesländern stimmten bei den letzten Wahlen im Schnitt „nur“ rund 6 % der Wähler für die AfD. Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die Partei 10,3 % der abgegebenen Stimmen – 2,3 % weniger als 2017.)

Ein ostdeutsches Problem also? Das Landesamt für Verfassungsschutz hat den Landesverband Sachsen im Januar 2021 als rechtsextremen Verdachtsfall eingestuft – bereits als viertes Landesamt neben Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt, welche die jeweiligen AfD-Landesverbände ebenfalls als Verdachtsfall behandeln (ZEIT 2021). Inzwischen werden auch der AfD-Landesverbände Baden-Württemberg und Hessen wie auch die Gesamtpartei (letztere durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, BfV) beobachtet – nicht zuletzt wegen einiger Führungsfiguren, die für faschistisches Gedankengut stehen und dieses wortgewaltig verbreiten. (bpb 2022) Für Beamte könnte eine AfD-Mitgliedschaft somit zu Problemen mit ihrem Dienstherrn führen. Bemerkenswert ist, dass ein beachtlicher Teil der AfD-Spitzenfunktionäre aus dem Westen kommt und in den östlichen Bundesländern sein Betätigungsfeld gefunden hat.

Bereits 2017, nachdem die rechtsextremistische Partei bei der Bundestagswahl in Sachsen stärkste Kraft geworden war, veröffentlichte Davide Cantoni, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der LMU München, in einem ersten Entwurf die bemerkenswerten Ergebnisse einer Untersuchung zum Wählerverhalten. Danach besteht bei AfD-Wahlergebnissen eine starke Korrelation zwischen der Stimmabgabe in den Orten, in denen 1928–1933 verstärkt die NSDAP gewählt wurde, und Gemeinden, in denen heutzutage die AfD bei Wahlen erfolgreich gewesen ist. Einen direkten inhaltlichen Vergleich zwischen AfD und NSDAP lehnte Cantoni ab, betonte aber, dass beide Parteien offensichtlich Menschen mit relativ schnellen und national gefärbten Lösungen für Probleme und Krisen der Zeit, mit ihrem Insider-Outsider-Denken ansprechen. (Cantoni et al. 2019)

- ▶ „Politische Traditionen werden dann eher weitergegeben, wenn sich Menschen in einer Community bewegen, in der sie relativ wenig Kontakt zu anderen Leuten, anderen Denkweisen, anderen Lebensstilen haben. Deshalb sehen wir solche Kontinuität in der politischen Denkweise häufiger und stärker in kleineren Ortschaften im ländlichen Raum als in großen Städten. (...) Gut erforscht ist, dass es eine relativ hohe Korrelation gibt im Denken von Eltern und Kindern.“ (Cantoni 2019)

Zur Alternative für Deutschland ist in den letzten Jahren sehr viel diskutiert und veröffentlicht worden; eine Übersicht würde hier den Rahmen sprengen (für Detailinformationen siehe z. B. Wikipedia 2022a und dort aufgeführte Quellen). Der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland bekannte sich im November 2021 in der *Welt* ganz offen dazu, Unfrieden in die CDU/CSU hineinzutragen, um später vielleicht mit diesen zu koalieren. In internen Chats faselten bayerische AfD-Funktionäre zwischen 2017 und 2021 davon, dass man in dem angeblich von „Verbrechern“ regierten Deutschland „ohne Umsturz und Revolution keinen Kurswechsel“ erreiche, wie ein Kreisvorsitzender der Partei schrieb. Welcher theateraffine Deutsche fühlt sich da nicht an Max Frischs Stück *Biedermann und die Brandstifter* erinnert, das unter dem Eindruck des kurz zuvor beendeten Zweiten Weltkriegs entstanden war? Es handelt von einem Bürger namens Biedermann, der zwei Brandstifter in sein Haus aufnimmt, obwohl sie von Anfang an erkennen lassen, dass sie es anzünden werden.

- ▶ **Tipp** Diesmal als Suggestivfrage formuliert: Wann wird es dem Frosch (dem Wähler) also endgültig zu heiß, und er springt aus dem Wasser (und der Bürger wählt eine Partei, die für freiheitlich-demokratische Grundwerte steht)?

Risse innerhalb der AfD

So wie die AfD-Wahlergebnisse in Ostdeutschland eine ernstzunehmende Bedrohung für Pluralismus und freiheitliche Demokratie darstellen, ist dies ebenso die innere Zerrissenheit in der AfD, bei der sich die radikalsten Kräfte am meisten Gehör verschaffen. Auf der Basis von EU-Skepsis und Nationalismus gibt es in der AfD verschiedene, teils widersprüchliche innerparteiliche Vereinigungen, informelle Parteiflügel und Einzelmeinungen. Nach diversen Spaltungen sind in der Partei nationalkonservative, wirtschaftsliberale, wertkonservative, christlich-fundamentalistische und direktdemokratische Kräfte verblieben. Daneben haben sich Mitglieder intern organisiert, die autoritäre, völkisch-nationalistische, homophobe, antifeministische, antisemitische und geschichtsrevisionistische Positionen vertreten. Es ist also für jeden etwas dabei, der meinungsmäßig in derartige Richtungen tendiert. Mehrere Landesverbände und andere Teile der AfD unterhalten Verbindungen zu neurechten Gruppierungen, beispielsweise zur rechtsextremen *Identitären Bewegung* und zu PEGIDA, was seit 2018 ebenfalls zur erwähnten Beobachtung durch verschiedene Landesämter für Verfassungsschutz geführt hat. Randnotiz mit Blick auf Kap. 7: Die AfD ist die einzige im deutschen Bundestag vertretene Partei, deren Umwelt- und Klimapolitik auf der Leugnung der menschengemachten globalen Erwärmung fußt.

Der Rechtsextremismus bekommt Flügel

Im März 2015 initiierte der faschistische Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke mit André Poggenburg gegen den Kurs des Parteivorstands die *Erfurter Resolution*, in der sie eine „konservativere“ Ausrichtung der Partei fordern. Die informelle völkisch-nationalistische Strömung innerhalb der AfD nannte sich in der Folge *Der Flügel*. Dieser kritisierte unter anderem mit Blick auf PEGIDA, die Partei habe „sich von bürgerlichen Protestbewegungen ferngehalten“ und sich „in vorauseilendem Gehorsam“ von ihnen

distanziert. Der *Flügel* konnte bei innerparteilichen Abstimmungen 2019 bis zu 40 % der Delegierten in Ostdeutschland hinter sich bringen. (Im Westen liegt die Zahl anscheinend deutlich niedriger.) Führungsleute dieses Parteiflügels knüpfen bewusst an rechtsextremistischen und nationalsozialistischen Sprachgebrauch an. Laut dem AfD-Bundestagsabgeordneten Jens Maier¹ bekannten sich im Jahr 2019 geschätzt 70 % der AfD Sachsen zum *Flügel*.

Im März 2020 wurde *Der Flügel* vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ eingestuft. Seitdem werden auch seine Vertreter nachrichtendienstlich beobachtet. Nach der Aufforderung des AfD-Bundesvorstands, den Zusammenschluss bis Ende April 2020 aufzulösen, gingen Online-Angebote der Gruppierung vom Netz. Über eine tatsächliche Auflösung liegen den Sicherheitsbehörden keine gesicherten Erkenntnisse vor. Der Verfassungsschutz Brandenburg etwa sprach von einer „Scheinauflösung“: Man gehe davon aus, dass sich die Anhänger weiterhin treffen und vernetzen. Viele Experten nehmen an, dass die Strukturen inoffiziell weiter bestehen, denn durch die formale Auflösung ändere sich das radikale Gedankengut ja nicht. (Wikipedia 2022f; vgl. auch Abschn. 3.6)

Sozialwissenschaftler, Historiker und das BfV bezeichnen Höcke als Rechtsextremisten und stellen in seinen Äußerungen Faschismus, Rassismus, Geschichtsrevisionismus, teilweise Antisemitismus und die Übernahme von Sprache und Ideen des Nationalsozialismus fest. Seit Anfang 2020 überwacht der Verfassungsschutz Höcke mit nachrichtendienstlichen Mitteln. (Wikipedia 2022e)

Mit dem – vorzeitig abgebrochenen – AfD-Parteitag im Juni 2022 in Riesa (dem „Parteitag der fallenden Masken“) hat Höcke die Partei letztlich voll unter seine Kontrolle gebracht und seinen Extremkurs klar abgesteckt: „Wir sind die Dissidenten-Partei“ und „Wir bestimmen selbst, wer Extremist ist“ sind nur zwei seiner vielen verstörenden Botschaften. (Küstner 2022)

¹ Maier (geb. 1962 in Bremen) war Richter mit NPD-freundlicher Rechtsprechung. Er kokettierte als AfD-Bundestagsabgeordneter und *Flügel*-Rechtsextremist offen mit Rassismus und prangerte die „Herstellung von Mischvölkern“ an. Nachdem Maier 2021 aus dem Parlament ausschied, war es behördlicherseits recht aufwendig, dessen Rückkehr auf seine sächsische Richterstelle zu verhindern.

Und noch ein Umstand aus dem Jahr 2019, um das es in diesem Abschnitt geht, ist berichtenswert – und bedenklich: die erneute und stärker werdende Bezugnahme radikaler Kräfte auf die friedliche Revolution in der DDR 1989, diesmal durch die AfD in den Landtagswahlkämpfen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Höcke etwa behauptete auf einem Treffen des *Flügels*, es fühle „sich wieder so an wie damals in der DDR“.¹ Damit und mit Slogans wie „Vollende die Wende“, „Wende 2.0“ oder „DDR 2.0“ setzte die AfD das politische System der Bundesrepublik mit dem SED-Staat gleich und rief zum Widerstand gegen politische Repräsentanten auf, die einen angeblich auf der Straße repräsentierten Volkswillen nicht umsetzen würden.

Eine derartige Umdeutung von „1989“ war zuvor schon mehrfach zu beobachten, etwa bei den Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-IV-Reformen im Sommer 2004 oder durch PEGIDA ab Herbst 2014 (Hartmann und Leistner 2019). Dies wurde von ehemaligen DDR-Bürgerrechtlern scharf kritisiert, die darin eine „Geschichtslüge“ sehen. Historiker warfen der AfD bereits 2019 vor, mit solchen Sprüchen nicht nur die DDR-Diktatur zu verharmlosen, sondern darauf abzuzielen, das zu vernichten, wofür die Revolution und die Bürgerrechtler von 1989 stehen und angetreten waren: die Errichtung einer offenen Gesellschaft. (vgl. Fiedler 2019, Gensing und Kumpfmüller 2019)

Des Kaisers neue Kleider

Dann kam COVID-19 und hat den Wutbürgern im Verbund mit den Ultrarechten und Völkischen, die erneut friedliche Demonstrationen und Bewegungen gekapert und die Deutungshoheit übernommen haben, eine völlig unerwartete Projektionsfläche für ihr gefährliches Gedankengut präsentiert – ein Umstand, der ihnen quasi als *Windfall Profit* in den Schoß fiel und sie wieder auf die Straße trieb.

¹ Höcke (geb. 1972 in Lünen in Westfalen) dürfte die DDR herkunfts- und altersbedingt wohl kaum gekannt haben, was diesen Unfug erklären mag. Eltern haben heute Angst, dass dieser Faschist nach Scheitern seiner Führerfantasien und Rückkehr als Geschichtslehrer nach Hessen in Zukunft wieder ihre Kinder unterrichten darf – ebenso wie weiteren AfD-Radikalen der Rückweg ins Richteramt oder zur Polizei nur schwer verwehrt werden kann.

Der Politikwissenschaftler und Soziologe Floris Biskamp vertrat 2019 aufgrund von Daten aus Forschungsprojekten zur Verbreitung gruppenbezogen menschenfeindlicher und autoritärer Einstellungen die Ansicht, dass es in der Bundesrepublik „wohl immer ein Potenzial für eine im zweistelligen Bereich erfolgreiche rechtsradikale Partei“ gegeben habe. Die AfD mobilisiere diese bestehende Bevölkerungsgruppe. Zu der Verschiebung der in Abschn. 2.4 erwähnten Grenzen des Sagbaren stellte er fest, dass es auch in den Jahrzehnten der Nachkriegsgeschichte „Relativierungen des Nationalsozialismus, (...) Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Heterosexismus wie heute bei der AfD“ gegeben habe. Dazu nannte er die Namen Helmut Kohl, Alfred Dregger, Martin Hohmann und Franz-Josef Strauß.

Die alltäglichen Formen von Rassismus und Sexismus würden heutzutage sogar viel eher öffentlich problematisiert als in den 1990er-Jahren und könnten nicht mehr so unwidersprochen geäußert werden. Die radikale und extreme Rechte ist laut Biskamp zwar eine reale Gefahr; er sieht die Erfolge der AfD jedoch primär in der eingebüßten Bindungskraft der Volksparteien begründet. Die Gefahr für die Demokratie bestehe gegenwärtig vor allem darin, „dass andere Parteien rechtspopulistische Rhetorik und Politik kopieren und normalisieren“. In diesem Zusammenhang sei noch angemerkt, dass die AfD keineswegs ein Monopol auf derartige sprachliche Entgleisungen und Tabubrüche besitzt. Andere radikale Organisationen und auch Parteien, etwa die *Basisdemokratische Partei Deutschland* („dieBasis“ [*sic!* – dies ist kein Tippfehler]) als politischer Arm der Querdenkerszene, äußern sich noch viel unverhohlener judenfeindlich, ohne dafür angemessen juristisch belangt zu werden (Rohwedder 2021). Zur Erinnerung: Das sind diejenigen Kreise, die täglich Tötungsaufrufe auf *Telegram* verbreiten (Wiebe 2022).

Hier schlägt nach dem Märchen von Hans Christian Andersen das *Des-Kaisers-neue-Kleider-Syndrom* zu, ein weiterer kognitiver Irrtum (vgl. Abb. 3.3). Es beschreibt die Beobachtung, dass ein Denkmodell oder eine Glaubensstruktur ohne Grundlage und unterstützende Fakten nur dann bestehen und überleben kann, wenn jeder gewillt ist, daran zu glauben. Wie viele andere erkannte dies auch der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), durfte aber die AfD im Interview mit der Nachrichtenagentur dpa 2018 nicht als „staatszersetzend“ bezeichnen. Da er diese

Äußerung als Mitglied der Bundesregierung getätigt hatte – und damit zur politischen Neutralität verpflichtet gewesen wäre –, piffte ihn das Bundesverfassungsgericht zurück. (Ein ähnliches Urteil richtete sich im Juni 2022 gegen Ex-Kanzlerin Angela Merkel.) Jeder demokratisch eingestellte Staatsbürger darf jedoch die AfD und weitere rechtsextremistische Parteien und Vereinigungen mit passenden Adjektiven beschreiben, von denen Sie oben Kenntnis erhalten haben – und sollte dies auch tun.



Abb. 3.3 Des Kaisers neue Kleider. Entwurf: Bläser (DDR-Briefmarke 1975)

- ▶ Dass die AfD bei den Wahlen 2021/22 rückläufige Stimmergebnisse zu verzeichnen hatte und bei der Landtagswahl am 8. Mai 2022 in Schleswig-Holstein erstmals aus einem Parlament geflogen ist, gibt Anlass zur Hoffnung, dass eine gute Urteilskraft bei den meisten Wählern nach wie vor vorhanden ist.

3.5 2022: Eskalierende Demonstrationen

„Doch die alles, wat anders ess, stührt (...) bruuchen wer, der se verführt“ heißt es in einem dystopischen Song der Kölner Gruppe BAP, auf den wir in Abschn. 5.3 noch genauer zu sprechen kommen. Doch die alles, was anders ist, stört, brauchen nicht nur jemanden, der sie verführt, sondern finden ihn gewöhnlich auch. Anführer, Aufhetzer und Einpeitscher kommen – schon traditionell – meist aus dem rechtsextremistischen Lager. Wer denkt da nicht unmittelbar an den in Abschn. 3.4 erwähnten *Flügel*-Stürmer „Bernd“ Höcke, Berufsfaschist und vielfach erwähnt in der ZDF-Satiresendung *heute-show* (siehe z. B. Mansholt 2018).

Derartige Agitatoren haben – knapp 100 Jahre nach Adolf Hitlers *Mein Kampf* und 90 Jahre nach der Machtergreifung durch die Nazis – heute in Deutschland anscheinend erneut Konjunktur. Und leider gibt es genügend Leute, die auch im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte wieder darauf hereinfallen. Demagogen und Volksverführer können sich in ihrer Vorgehensweise auf den Arzt und Psychologen Gustave Le Bon (1841–1931) berufen, der in seinem Hauptwerk *Psychologie der Massen* (1895) eben dieses Verhältnis zwischen Führer und Masse untersucht hatte und vor derartigen Verführern warnte. Er ging davon aus, dass die kopflose Masse ein destruktiver Organismus ist, der sich nach einer Führerfigur sehnt und dieser unreflektierte, teilweise bedingungslose Gefolgschaft leistet – die Einzelnen werden zu einem triebgesteuerten Kollektiv.

- ▶ „Wählermassen sind nicht zu überlegten Urteilen fähig, sondern nur zu eingeflößten. Dennoch ist das allgemeine Stimmrecht zu erhalten. Die Beschränkung des Stimmrechts auf besondere Personengruppen führt nicht zu besseren Entscheidungen.“

Gustave Le Bon (zitiert nach Wikipedia 2022q)

Über die Corona-Pandemie ist in den letzten drei Jahren sehr viel berichtet worden, und auch Abschn. 4.4 geht in Zusammenhang mit Fake News nochmals näher darauf ein. Wenn diese Zeilen veröffentlicht werden, ist die Lage sicherlich schon wieder eine andere verglichen mit dem Zeitfenster, in dem ich sie in den Laptop getippt habe. Vermutlich ernster.

Querdenker, Coronaleugner und Impfgegner

Die Mehrheit der Deutschen sieht den gesellschaftlichen Zusammenhalt inzwischen noch weiter schwinden. Zwar scheint es nur eine kleine Minderheit zu sein, die nicht mehr gesprächsbereit ist, doch kann man die Polarisierung inzwischen stark in allen Bereichen des Alltags spüren. Aber wirklich neu ist die Sorge um das Miteinander nicht: Bereits früher standen sich die Menschen in Deutschland bei brisanten Fragestellungen teilweise feindlich gegenüber: Die Älteren denken dabei neben den in Abschn. 3.2 erwähnten Themen etwa an die Kontroversen zur Nachrüstung in den 1960ern, meine Generation an die Proteste gegen die Kernenergie in den 1980er-Jahren. (vgl. Schulte von Drach 2022)

In Abschn. 3.1 wurde das Phänomen am Beispiel des sächsischen Freibergs bereits angesprochen: Im Jahr 2021 richtet sich der Protest der Wutbürger auf der Straße – immer noch eine prozentual kleine, aber lautstarke Minderheit, die nun unter dem Begriff „Querdenker“ operiert – gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Allerdings ist er derart umfangreich und radikal geworden, dass die öffentliche Ordnung teilweise gefährdet war und ist. Nun sollte das niemanden wirklich wundern, wenn man sich das Ergebnis einer Forsa-Umfrage zur Bundestagswahl 2021 vor Augen hält: Zwei von drei ungeimpften Erwachsenen wählen entweder AfD (50 %), die DieBasis (15 %) oder eine andere rechte Gruppierung (Hecking und Maxwill 2021). In den USA sind viele Anhänger von Trumps Republikanern ungeimpft.

In nahezu jeder großen Stadt haben umfangreiche und in Kleinstädten kleinere Protestveranstaltungen stattgefunden. Im Laufe des Jahres 2021 beobachteten verschiedene Experten sowie der Verfassungsschutz eine Radikalisierung der Querdenker-, Coronaleugner- und Impfgegner-Szene, die auch mit einer zunehmenden Gewaltbereitschaft einhergeht. Durch Querdenker, Maskenverweigerer und Impfgegner sind immer wieder

Gewalttaten gegen Mitbürger verübt und Bedrohungen ausgesprochen worden. Wiederholt griffen sie z. B. andere Menschen an, die sie aufforderten, im ÖPNV, Einkaufszentren, Arztpraxen usw. eine Maske zu tragen – trauriger Höhepunkt waren Mordfälle z. B. in Idar-Oberstein und Königs Wusterhausen. Zudem kam es bis September 2021 vielfach zu Attacken auf Impfzentren samt Sachbeschädigungen, darunter auch mindestens einem Brandanschlag. Darüber hinaus wurden – wie in Abschn. 3.1 erwähnt – Politiker und Ärzte immer hemmungsloser bedroht; auch dazu komme ich in Abschn. 4.4 noch. Viele Täter in diesem radikalen Protestumfeld waren bislang polizeilich unbekannt (Bongen et al. 2022). Auffällig ist, dass sich unter Impfgegnern und auch unter den Corona-Leugnern zahlreiche Beschäftigte des Gesundheitswesens finden.

Zusätzlich erfolgten regelmäßig Angriffe auf Journalisten, die von Demonstrationen berichteten. Dies führte 2021 zu einer Herabstufung Deutschlands bei der Pressefreiheit durch *Reporter ohne Grenzen*: vom „gut“ auf „zufriedenstellend“. Die Gewalttäter innerhalb der Querdenker-Bewegung begründen ihre Vergehen damit, dass die öffentlich-rechtlichen Medien „Hofberichterstatter“ der Regierung seien, sofern sie nicht deren krude Narrative verbreiten. (Eine regelmäßig aktualisierte Darstellung der Entwicklungen findet sich etwa unter Wikipedia 2022p mit zahlreichen Quellenangaben.)

- ▶ Seit Anfang 2022 verabreden sich Corona-Leugner und Maßnahmengegner über Messengerdienste wie *Telegram* zu nicht genehmigten Corona-„Spaziergängen“. Spazierengehen hat damit seine Unschuld verloren, und es wäre korrekter, in diesem Zusammenhang von *Flashmobs*¹ zu sprechen. Dabei gäbe es so viele gute Gründe für Demonstrationen.

Anfang 2022 hörte eine breite Öffentlichkeit vor allem in Süddeutschland erstmals von der Gruppierung „München steht auf“. Diese Gegner der Pandemie-Maßnahmen trafen sich immer wieder mittwochs in der Münchner Innenstadt zu besagten Corona-„Spaziergängen“. Nachdem die Stadt

¹ **Flashmob**: scheinbar spontane Menschaufmärsche auf öffentlichen oder halböffentlichen Plätzen; spezielle Ausprägungsform der Cybergesellschaft unter Nutzung von Mobiltelefonen und Internet, um kollektive direkte Aktionen zu organisieren (Wikipedia 2022i)

derartige spontane Versammlungen durch Allgemeinverfügung untersagt hatte, beschritt der Organisator Melchior Ibing – bisher ungestraft – neue Wege des Protests: Über den *Telegram*-Kanal der Gruppe rief er dazu auf, das Münchner Kreisverwaltungsreferat mit einer Flut von Versammlungsanzeigen gezielt lahmzulegen: das neue Hobby „Behörden nerven“ (Mölter 2022). Freiberg (Abschn. 3.1) lässt grüßen!

Inzwischen hat sich der politische Druck auf den in Russland entwickelten Messengerdienst *Telegram*, eine in diesen Kreisen beliebte WhatsApp-Alternative, deutlich erhöht, nachdem dort nicht nur unverhohlenen „Spaziergänge“ und weitere Protestaktionen organisiert werden, sondern unverblümt auch in offen einsehbaren Gruppen Mordpläne artikuliert werden. Da sich *Telegram*-Gründer Pawel Durow und seine Mitarbeiter als digitale Nomaden sehen und kein Impressum angeben, ist es für die deutschen Behörden schwierig, im Unternehmen überhaupt einen Ansprechpartner zu finden, um derartige Tweets löschen zu lassen.

- ▶ **Tipp** Falls Sie gegen Ihren Willen in eine radikale Demonstration hineingeraten, suchen Sie schnell das Weite. Fangen Sie keinesfalls an, mit den Leuten zu diskutieren oder sogar zu filmen, denn sonst kann es Ihnen gehen wie einem Kamerateam der *heute-show*, das am 1. Mai 2020 auf einer Demonstration gegen Corona-Schutzmaßnahmen von einer Gruppe mit Metallstangen und Totschlägern gezielt angegriffen wurde. Das Resultat waren sechs verletzte Mitarbeiter, wovon vier Personen im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Österreich, Kanada und Russland

Auch in anderen Ländern erreichten die Proteste rechter Mobs und Fanatiker gegen Anti-Corona-Maßnahmen eine beunruhigende Dimension. Die meisten Österreicher akzeptieren das Gesetz zur Impfpflicht (das ab März 2022 gelten sollte, dessen Umsetzung jedoch kurz vorher ausgesetzt wurde). Doch ein kleiner Teil der Gegner und Skeptiker widersetzt sich strikt den angeordneten Maßnahmen. Diese Menschen sind nicht mehr erreichbar, haben sich in ihre eigene Welt zurückgezogen, wo sie sich zunehmend radikalisieren. Auf Großdemonstrationen etwa in Wien mischten sich behördlich bekannte Neonazis und Identitäre unter die Demonstranten,

und immer wieder kam es zu Eskalationen. Die Bedrohungen bis hin zu Mordaufrufen werden auch in Deutschland konkreter, und der Staatsschutz hat eine Liste mit Informationen zu möglichen Schutzmaßnahmen für Arztpraxen herausgegeben, in der auf das Installieren einer Alarmanlage hingewiesen wird sowie auf einen vorsichtigen Umgang mit Postsendungen. (siehe z. B. Tillack 2022)

Wo die Proteste hinführen können und welche auch wirtschaftlichen Folgen damit verbunden sein können, zeigten die Aktionen von Lkw-Fahrern Anfang 2022 in mehreren Teilen Kanadas. Diese hatten im Januar begonnen, gegen die Impfvorschriften beim Überqueren der Grenze zu den USA zu demonstrieren. Die *Ambassador Bridge* zwischen Windsor und Detroit wurde blockiert: die Hauptverkehrsader zwischen Kanada und den USA, über die 25 % des Handels zwischen beiden Ländern abgewickelt werden. Innerhalb kurzer Zeit waren die Demonstrationen zu einem allgemeinen Protest gegen die Regierung Trudeau und deren Corona-Politik angewachsen und entwickelten sich zum Teil zu Grillfesten mit viel Bier und lauter Rockmusik. Die Hauptstadt Ottawa rief den Notstand aus, nachdem die Trucker für fast zwei Wochen das öffentliche Leben lahmgelegt und die Anwohner zusätzlich durch ständiges Hupen entnervt hatten.

Der Überfall der russischen Armee auf die Ukraine wird in Abschn. 4.5 thematisiert. An diese Stelle passt allerdings im Vorgriff darauf, dass ich auf die Geistesverwandtschaft zwischen ultrarechten Gruppen in Deutschland und der menschenverachtenden und völkerrechtswidrigen Expansionspolitik von Machthaber Putin hinweise. So verteidigen verschiedene Querdenker und Rechtsradikale die Aggression Russlands nicht minder vehement als einige radikale Linke. Viele von ihnen sehen in Putin einen Widerstandskämpfer gegen die „westliche Elite“. Der Tenor in bekannten *Telegram*-Gruppen der Szene: Russland müsse mit diesem „Präventivschlag“ einen „Völkermord“ im eigenen Land durch NATO und Ukraine verhindern. „Querdenken“ folgt damit russischer Propaganda etwa des Senders *Russia Today* (RT); gleichzeitig wird Putin als „Heilsbringer“ gegen Multi-Kulti und Gendern gesehen und verehrt. (Reveland und Siefert 2022)

Auch die AfD lässt eine klare Abgrenzung von Putin und eine Verurteilung des russischen Überfalls vermissen. So hat ihr Bundestagsabge-

ordneter Eugen Schmidt als gerngesehener Interviewpartner russischer Medien Deutschland wiederholt als Unrechtsstaat dargestellt, in dem Andersdenkenden durch „die regierende Elite“ Zensur und körperliche Gewalt droht. Der ursprünglich aus Kasachstan stammende Schmidt leistet somit beim Aggressor für das Regime wertvolle Arbeit im Dienst russischer Staatspropaganda. (Becker und Heil 2022) Auch weitere AfD-Mandats-träger wie Rainer Rothfuß (stellvertretender Landesvorsitzender der AfD in Bayern) bewegen sich mit derartigen Äußerungen in einer Grauzone zwischen Meinungsäußerung und Einflussnahme. Die Osteuropa-Expertin Susanne Spahn beobachtet seit Jahren, dass die AfD „traditionell russische Narrative unterstützt“. Sie seien „nützliche Idioten für die russische Führung“ und die Propaganda-Zwecke des Kreml. (Halder 2022) Man könnte die AfD wohl zu Recht als Fünfte Kolonne Moskaus bezeichnen.

Doch die Bedrohung durch und der Kampf mit Extremisten wird weitergehen, und an Themen wird es auch nach den derzeit belegten Feldern nicht mangeln. Bereits heute ist abzusehen, dass die aktuell hohen Teuerungs-raten das nächste Betätigungsfeld für Wutbürger und radikale Kräfte bilden. Vor allem Querdenker und Rechtsextreme versuchen, den Unmut für ihre Zwecke zu nutzen. Insbesondere Ostdeutschland droht ein „heißer Herbst“, und die rechtsextremistischen „Freien Sachsen“ bereiten inzwischen Aktionen vor (siehe z. B. Datt et al. 2022, Sundermeyer 2022).

Ein kognitiver Erklärungsversuch

Das ist also der aktuelle Stand. Haben Sie auch den Eindruck, dass uns hier etwas entgleitet? Ganz allmählich, nach der Systematik des Boiling-Frog-Syndroms? Dass etwas faul ist im Staate Deutschland?

Um die staatliche Ordnung mache ich mir bei uns – noch – keine Sorgen, denn rechtsfreie Räume darf und wird es in Deutschland nicht geben. Allerdings sieht es momentan so aus, dass mindestens 5 %, wenn nicht 10 % der Bevölkerung in ein Paralleluniversum entgleiten. Diese Menschen sind in ihrer gedanklichen Blase gefangen und dienen als dankbare Zielgruppe für Extremisten und radikale Verführer: aus dem ultrarechten Spektrum ebenso wie aus Moskau.

Derartige Volksverhetzer finden ihre Anhänger vor allem bei den Unzufriedenen, die sich gemäß Status-quo-Verzerrung nicht damit abfinden können und wollen, dass sich die Zeiten ändern. Neben einigen der in

Abschn. 2.6 zusammengefassten kognitiven Effekte lassen sich weitere Phänomene aus der Psychologie der Gruppendynamik anführen, die ein etwas besseres Verständnis der Motivation unserer Wutbürger erzeugen können (vgl. Wenski 2022b, S. 213–217):

- Mitläufereffekt (*Bandwagon Effect*), der auch als Nachahmungseffekt bzw. Herdentrieb bezeichnet wird, und *Social Proof* („soziale Anerkennung“): Man orientiert sich im Verhalten an dem anderer.
- Anpassungsfähige Haltungen (*Adaptive Attitudes*): Man nimmt dieselben Haltungen an wie die der Menschen, die einen umgeben.
- Eigengruppenbevorzugung und Fremdgruppenabwertung (*Ingroup / Outgroup Bias*): Diese beiden Effekte stellen den Schlüssel zum Verständnis jeder Art von Diskriminierung anderer dar.
- Vorurteile (*Prejudice*) und Stereotype: Meist negativ belegte gedankliche Schnellschüsse führen ebenfalls zur Abwertung anderer und zur konsequenten Zurückweisung ihrer Ansichten und Überzeugungen.
- Daneben zeigen typische kognitive Effekte ihre Wirkung, die für die Entstehung, Verbreitung und Verfestigung von Falschnachrichten verantwortlich sind; dieser Themenkomplex wird in Kap. 4 näher beleuchtet.

3.6 Der deutsche Staat: auf dem rechten Auge blind?

Noch eine Nachbetrachtung zu den Corona-Protesten: Nach Erkenntnissen des Bundesamts für Verfassungsschutz von Anfang September 2020 waren Rechtsextreme die Wortführer auf zahlreichen Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen. Dessen Präsident Thomas Haldenwang warnte bereits im Frühjahr 2020, dass die Gefahr bestehe, dass „Rechtsextremisten sich mit ihren Feindbildern und staatszersetzenden Zielen an die Spitze der Corona-Demonstrationen stellen, die aktuell mehrheitlich von verfassungstreuen Bürgern angeführt“ würden. Extremisten nutzten jedoch „die aktuelle Lage genauso wie in der sogenannten Flüchtlingskrise“. Was im Internet mit Propaganda, Verschwörungstheorien und Falschinformationen begonnen habe, werde nun in die reale Welt getragen. (Naber 2020)

Anfangs meinte die Politik noch, man müsse mit Wutbürgern, PEGIDA-Anhängern, AfDlern und radikalisierten Impfgegnern reden, um

deren Beweggründe zu verstehen und sie zurück in den Schoß der bürgerlichen Gemeinschaft zu holen. (Bei Neonazis, Reichsbürgern und Identitären war die Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens schon früh klar.) Bereits Anfang 2015 berichtete der *Spiegel* über den Politikerstreit zum Dialog mit PEGIDA: Während SPD und Grüne strikt dagegen waren, fanden sich bei der Union Befürworter. Der damalige CSU-Generalsekretär und spätere glücklose Verkehrsminister Andreas Scheuer sagt: „Die besorgten Normalbürger bei PEGIDA pauschal zu diffamieren wäre genauso falsch, wie PEGIDA kritiklos hinterherzulaufen. Demokratie immer Dialog.“ (Weiland 2015) Inzwischen setzt sich allgemein die Erkenntnis durch, dass die genannten 5–10 % der Bürger unbelehrbar sind und der Spruch „Wehre den Anfängen“ nach wie vor seine Berechtigung hat, wenn man auf rechtsunterwanderten Anti-Corona-Demos in Sachsen blickt (siehe hierzu z. B. MDR 2022a, 2022b).

- ▶ „Ein Land macht nicht nur aus, was es tut, sondern auch, was es toleriert.“

Kurt Tucholsky 1934

Ökoaktivisten am Pranger, Rechtsextremisten außen vor

Anfang des Jahres hat mich besonders eine Zeitungsmeldung aufgeschreckt (und letztlich zum Titel des Abschnitts geführt): „Druck auf Klimaschützer: Staatsschutz geht gegen Fridays vor“, schrieb am 10. Januar 2022 unter anderem die *taz*. Es ging darum, dass im September 2021 Staatsschutz und Ordnungsamt vor der Tür einer Osnabrücker WG standen, in der ein Mitglied von *Fridays for Future* (FFF) wohnte, und eine Durchsuchung mit Beschlagnahme von Geräten und Material durchführten. Es ging um Sachbeschädigung.

Niedersachsens Verfassungsschutzbericht 2020 warnt, dass „Linksextremisten“ den Klimaschutz „für sich entdeckt haben und seitdem versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Interessen zu vereinnahmen“. FFF kritisiert neben Polizei und Verfassungsschutz auch die Osnabrücker Stadtverwaltung, die die Gruppe nachteilig behandeln würde, und wirft ihr vor, mit zweierlei Maß zu messen bzw. zu handeln: „Die für uns geltenden Auflagen und Einschränkungen scheinen seit Monaten für Quer-

denker*innen nicht zu gelten.“ Mir drängt sich der Verdacht auf, dass FFF mit ihren Aktionen zum Klimaschutz inzwischen Establishment und Lobbys derart gegen sich aufgebracht hat, dass die Gruppe mit der Antifa als autonome Strömung der linksextremen Szene gleichgesetzt (und bekämpft) werden soll.

Der Mord an Walter Lübcke, die Anschläge von Halle und Hanau, Hass und Gewalt gegen Juden und Muslime – immer wieder erschüttert rechter Terror das Land. Die Bundesrepublik wird ihre Neonazis nicht los. Dazu gehört rassistische Gewalt zum Alltag in Deutschland: Auch heute noch aber werden in Deutschland im Schnitt statistisch gesehen zwei Asylbewerber pro Tag Opfer von Angriffen – und die Taten werden brutaler. Im ersten Halbjahr 2022 verzeichneten die Behörden insgesamt 424 solch überwiegend rechtsmotivierter Straftaten (TS 2022). Schaut der Staat scharf genug hin, um die Gefahr des Rechtsextremismus zu erkennen? Geht er effektiv dagegen vor? In jüngster Zeit mehren sich die Vorwürfe gegen Beamte, Polizisten, Soldaten und Behörden, selbst in radikale Umtriebe verstrickt zu sein. Ist der deutsche Staat also wie vielfach zu lesen auf dem rechten Auge blind? Neben der Erwähnung in zahlreichen Artikeln hat es dieses vereinfachte Bild inzwischen sogar auf ein Buchcover geschafft (Schultz 2021).



Abb. 3.4 Keine Wutbürger: *Fridays for Future*-Demonstration 2019 in Köln

Terroristisch und extremistisch motivierte Angriffe auf die Bundesrepublik Deutschland, ihre Institutionen und Bürger hat es immer schon gegeben – von Rechts- und Linksextremen sowie von Islamisten. Lange Zeit sah es so aus, dass der Staat mit seiner Exekutive und Judikative – sowohl vor als auch nach der Vereinigung – über rechte Unterwanderung und Agitation gerne hinweg sah und entsprechend motivierte Straftaten bagatellierte. In der Anfangsphase der lange verschlafenen Aufklärung der Morde des NSU wurden gar die Angehörigen der Opfer mit Migrationshintergrund der Taten verdächtigt. Zwei betroffene Familien haben 2017 den Bund sowie die Freistaaten Bayern und Thüringen dahingehend verklagt. Nach ihrer Auffassung hätte die Mordserie des NSU-Trios ansonsten bereits im Jahr 2000 und nicht erst 2011 aufgeklärt werden können. (ZEIT 2017)

Deutsche Ermittlungsbehörden schienen in der Tat zu lange auf dem rechten Auge blind gewesen; deshalb würde (nach Werner 2020) rechtsextremistische Gewalt oft nicht als solche erkannt. Allerdings ist inzwischen ein Umdenken wahrzunehmen, insbesondere nachdem das Bundesinnenministerium von der CSU nach dem Gewinn der Wahl 2021 an die SPD gefallen ist: Ministerin Nancy Faeser will mit einem gezielten Aktionsplan gegen Rechtsextremisten vorgehen – mehr Prävention als bei ihrem Amtsvorgänger Horst Seehofer, aber auch mehr Repression durch Austrocknen von Finanzströmen und konsequente Verfolgung strafrechtlich relevanter Äußerungen in Chats und Foren (Stempfle 2022).

Über die Bedrohung von rechts informieren regelmäßig die Verfassungsschutzberichte, etwa des Bundes, und messen rechts-, links- und islamistischem Terror etwa dieselbe Aufmerksamkeit bei (BMI 2021). Pro Jahr wird von gut 20.000 rechtsextremistischen und aktuell 6.000–7.000 linksextremistischen Straftaten berichtet; davon sind in beiden Fällen gut 1.000 als Gewalttaten zu werten.

Rotes Jahrzehnt und braune Kontinuität

Erinnern Sie sich an Björn Höcke (faschistischer Geschichtslehrer) und Jens Maier (rassistischer und rechtsextremer Richter) – beide außerdem AfD-Politiker –, die in Abschn. 3.4 vorgestellt wurden und die Personifizierung dessen sind, wie der Staatsdienst unterwandert werden könnte? Ein Blick zurück in die Vergangenheit zeigt, wie deutlich unterschiedlich zwischen

rechter und (vermeintlich) linker Subversion unterschieden wird. Ich denke dabei an die „roten Lehrer“, die in Bremen oder an der erst 1974 gegründeten Reformuniversität Oldenburg studiert hatten und während meiner Gymnasialzeit in den 1970er-Jahren im Geschichts- oder Politikunterricht auch den Marxismus behandelten: Viele von ihnen sahen sich mit einem Berufsverbot konfrontiert.

Radikalenerlass

Ein Tiefpunkt in der Arbeit der sozial-liberalen Bundesregierung unter der Führung von Willy Brandt war der „Radikalenerlass“ vom Februar 1972: Dieser Runderlass der Landesregierungen sollte die Beschäftigung sogenannter Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst verhindern. Beamte und Angestellte hatten sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und für diese einzutreten. Weil jeder Einzelfall geprüft und entschieden werden musste, gab es vor Einstellungen, aber auch zur Überprüfung bestehender Dienstverhältnisse eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Ein Bewerber, dem der Geheimdienst verfassungsfeindliche Aktivitäten bescheinigte, wurde nicht eingestellt oder aus dem Dienst entfernt.

Der Erlass sollte sich zwar gegen Links- und Rechtsextremisten richten, betroffen waren aber vor allem Mitglieder kommunistischer und anderer linker Organisationen. 1979 kündigte die in Bonn regierende Koalition aus SPD und FDP den Radikalenerlass auf, in Bayern dauerte seine Abschaffung bis 1991. Bis dahin wurden in der Bundesrepublik insgesamt rund 3,5 Millionen Personen überprüft. Das hatte 11.000 Verfahren zur Folge. 1.250 Bewerber – Lehrer und Hochschullehrer, Lokomotivführer und Briefträger – wurden abgelehnt, 265 aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die staatliche Schnüffelei und Registrierung erstreckten sich auch auf Sticker, Aufkleber oder vermeintlich verfängliche Leserbriefe in Zeitungen. Sogar Familienanzeigen sind damals angeblich durchforstet worden. (siehe z. B. Paul 2018)

Der fehlgeleitete Radikalenerlass wurde inzwischen historisch und auch juristisch aufgearbeitet. Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 1996 fiel zugunsten seiner Opfer aus: Das Gericht sprach einer betroffenen Lehrerin für die „Verletzung der Menschenrechte“ eine stattliche Entschädigung zu. Allerdings hat das Konzept „Radikalenerlass“ mit Rechtsextremisten wie Höcke & Co. heutzutage wieder eine hohe Aktualität gewonnen: An einer Regelanfrage für Beamtenanwärter führt gerade mit Blick auf rassistisches, völkisches und faschistisches Gedankengut wohl

kein Weg vorbei – 50 Jahre nach Geburt und parlamentarischer Umsetzung der Idee (Friedrich 2022).

Dramatisch geringer als gegen links wirkte seinerzeit – im „roten Jahrzehnt“, das tatsächlich auch eines des sich entfaltenden braunen Terrors war – der Anti-Extremisten-Beschluss gegen rechts. In den Jahren vor 1969, als die NPD den Einzug in den Bundestag nur knapp verfehlte, waren hunderte ihrer Mitglieder in den Staatsdienst aufgenommen worden, wie der Historiker Norbert Frey (2022) berichtet. Dass es auf dieser Seite kaum Entlassungen gab, war Teil der Erbschaft des Dritten Reichs und Indiz für den immer noch hohen Anteil vormaliger NS-Parteigenossen in Justiz und Ministerialbürokratie. Dies stellte kein Problem selbst unter der Kanzlerschaft eines Willy Brandt dar.

Nach dem Krieg beließen die Alliierten NSDAP-Anhänger und Parteimitglieder in unteren Rängen weitgehend in ihren Funktionen in Verwaltung und Judikative – sie wollten keinen Zusammenbruch der Systeme riskieren, da einfach zu viele Menschen als Parteimitglieder belastet waren. Quasi der Weg des geringeren Widerstands also. In einer Liste ehemaliger NSDAP-Mitglieder, die nach Mai 1945 politisch tätig waren, finden sich zahlreiche Namen späterer prominenter Politiker (Wikipedia 2022). Von der SPD waren Horst Ehmke, Erhard Eppler und Karl Schiller zumindest für kurze Zeit in der Partei, von der FDP Hans-Dietrich Genscher, Walter Scheel und Willi Weyer und von der CDU/CSU Hermann Höcherl, Alfred Dregger, Gerhard Schröder (Außenminister unter Adenauer), Richard Stücklen und Hans Filbinger.

Dass sich zahlreiche später geläuterte Volksvertreter auf der Liste finden, scheint kaum ein Wunder, denn unter dem Nazi-Regime erlebte zuvor die NSDAP einen explosionsartigen Mitgliederzuwachs: von 1,2 Millionen Ende 1932 auf 3,9 Millionen Ende 1933 und 7,7 Millionen im Mai 1943. 1943 waren immerhin 11 % der Bevölkerung Parteimitglied. Allerdings gilt es festzuhalten, dass etwa Kurt-Georg-Kiesinger (später Bundeskanzler), Karl Carstens (später Bundespräsident) und Alfons Goppel (später bayerischer Ministerpräsident) während der gesamten 12-jährigen Dauer des 1000-jährigen Reichs Mitglied in der NSDAP bzw. SA waren. Und ebenso Hans Globke.

Hans Globke – Symbolfigur für Kontinuität

Hans Josef Maria Globke (1898–1973; Abb. 3.5) war ein deutscher Verwaltungsjurist im preußischen und im Reichsinnenministerium, Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassengesetze und verantwortlicher Ministerialbeamter für die judenfeindliche Namensänderungsverordnung in der Zeit des Nationalsozialismus. Ungeachtet dessen wirkte er 1953–1963 als Chef des Bundeskanzleramts unter Bundeskanzler Konrad Adenauer. Der Nazi Hans Globke wurde von Zeugen als mitverantwortlich für den Holocaust in Griechenland schwer belastet. Ein dazu vom hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer in Frankfurt am Main begonnenes Ermittlungsverfahren wurde im Mai 1961 nach Intervention des Kanzlers an die Staatsanwaltschaft Bonn abgegeben und dort mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt.

Globke ist das prominenteste Beispiel für die Kontinuität der Verwaltungseliten vom Dritten Reich zur frühen Bundesrepublik Deutschland. In der Adenauer-Ära war er als „graue Eminenz“ und engster Vertrauter des Kanzlers verantwortlich für Personalpolitik, Kabinettsarbeit, die Einrichtung und Kontrolle von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz sowie für Fragen der CDU-Parteiführung. Neben BND-Chef und Ex-Wehrmachtsoffizier Reinhard Gehlen war es Kanzleramtsleiter Globke, der den Regierungschef in dessen Ansicht, dass die Bevölkerung „dumm“ sei, offensichtlich bestärkte und ihn bei Rechtsbrüchen unterstützte: Denn so verdient sich Adenauer um die deutsche Demokratie gemacht hat – er selbst ignorierte hin und wieder offenbar bewusst geltendes Recht, so geschehen etwa bei der geheimdienstlichen Bespitzelung politischer Gegner wie Willy Brandt, Gustav Heinemann und die SPD insgesamt oder im Rahmen der Spiegel-Affäre (Geyer 2017, Henke 2022). Als Vorgesetzter von Gehlen hatte Globke – neben den Amerikanern – maßgeblichen Anteil daran, dass der BND, die *Org* („Organisation Gehlen“) in den Anfangsjahren der Bundesrepublik als Unterschlupf für ehemalige SS- und Gestapo-Mitarbeiter dienen konnte, etwa Klaus Barbie, Franz Mueller-Darß, Johannes Clemens und Carl Schütz – nur vier von Dutzenden Mördern des Zweiten Weltkriegs (Sälter 2022).

Zu Globkes Lebzeiten war sein Einsatz für die nationalsozialistische Diktatur nur teilweise bekannt. Im In- und Ausland wurde er deshalb immer wieder scharf angegriffen, von der Bundesregierung, dem BND und der CIA aber jedes Mal geschützt. Im Jahr 1963 erhielt er das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Im selben Jahr fand durch das Oberste Gericht der DDR in Berlin ein Schauprozess gegen Hans

Globke statt, in dem er in Abwesenheit „wegen in Mittäterschaft begangener fortgesetzter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in teilweiser Tateinheit mit Mord“ zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde. (Wikipedia 2022k)



Abb. 3.5 Hans Globke 1963. Foto: Renate Patzek (Bundesarchiv; CC-BY-SA 3.0)

Rattenfänger am rechten Rand

Wie ernst ist die heutige Bedrohung unserer liberalen Demokratie durch rechtsextremistische Kräfte? Ist die Demokratie in der Krise und von einem Vertrauensverlust der Bürger geplagt? Wie leicht lassen sich die Wutbürger vor deren Karren spannen? Werden es irgendwann immer mehr, die dem Staat und seinen Institutionen misstrauen und sich gegen ihn wenden? Stehen Straßenschlachten zwischen rechten und linken Aktivisten zu befürchten, wie sie in den späten 1920er- und frühen 1930er-Jahren tagtäglich stattfanden (und bei denen sich die Nationalsozialisten mit ihren SA- und SS-Schlägertruppen letztlich durchsetzten)?

Nun ist die Situation in der heutigen Bundesrepublik Deutschland nach übereinstimmender Meinung von Experten eine ganz andere als zu Zeiten der Weimarer Republik. Unsere Demokratie ist deutlich wehrhafter als die seinerzeitige, und die Straßen sind keineswegs rechtsfreier Raum für rechte (und linke) Mobs und Gewalttrupps. Allerdings verfügen staatsfeindliche Kreise – wie zu den Hochzeiten der NPD – mit der AfD wieder über einen parlamentarischen Arm, der wie ein Wolf im Schafspelz unter dem Mantel scheinbar demokratischen Verhaltens die Gesinnung einer Klientel bedient und diese auch noch fördert, die für unser Land etwas ganz anderes plant. Der Faschist Björn Höcke, sein Vertrauter Hans-Thomas Till-schneider (Islam = „Baumpilz am Stamm der deutschen Eiche“), der EU-Abgeordnete Nicolaus Fest mit seinen Äußerungen zum Tod von EU-Parlamentspräsident Sassoli („Endlich ist dieses Dreckschwein weg“), Nazi-Verharmloser Alexander Gauland („Vogelschiss“) und viele andere Hetzer sollten allerdings an den rechten Rand zurückgedrängt und offen als das bezeichnet werden, was sie letztlich sind: Populisten, Antidemokraten und Verführer.

► **Tip** Gehen Sie solchen Rattenfängern nicht auf den Leim.

3.7 Literatur

- ARD (2021) „Ein Angriff auf die Demokratie“. Internet-Veröffentlichung 06. Dezember. <https://www.tagesschau.de/inland/sachsen-corona-proteste-103.html>. Zugegriffen: 07. Dezember 2021
- Bebnowski D (2015) Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei. Springer, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-08286-4>
- Becker A, Heil G (2022) „Keine Demokratie in Deutschland“ – Putins Propagandist im Bundestag. tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 10. März. <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/afd-ukraine-russland-101.html>. Zugegriffen: 13. März 2022
- Biazza J (2018) Framing-Check: „Asyltourismus“: Als wäre Flucht eine Kreuzfahrt mit Piña colada. Süddeutsche Zeitung, Internet-Veröffentlichung 5. Juli. <https://www.sueddeutsche.de>

- www.sueddeutsche.de/kultur/framing-check-asyltourismus-als-waere-flucht-eine-kreuzfahrt-mit-pina-colada-1.4038595. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Biskamp F (2019) Wider die Mär vom Rechtsruck: Die AfD mobilisiert bestehendes Potenzial. *Der Tagesspiegel*, Internet-Veröffentlichung 15. November. <https://www.tagesspiegel.de/politik/wider-die-maer-vom-rechtsruck-die-afd-mobilisiert-bestehendes-potenzial/25234450.html>. Zugegriffen: 03. März 2022
- BMI (2021) Verfassungsschutzbericht 2020. Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, Artikelnummer BMI21018, Berlin. Internet-Veröffentlichung. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2020-gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=6. Zugegriffen: 14. März 2022
- Bongen R, Feldmann J, Seidel N (2022) Radikale Corona-Proteste: Viele Täter polizeilich unbekannt. *tagesschau.de*, Internet-Veröffentlichung 23. Februar. <https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/radikale-corona-proteste-101.html>. Zugegriffen: 23. Februar 2022
- bpb (2022) AfD als Verdachtsfall eingestuft. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Internet-Veröffentlichung 09. März. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/deine-taegliche-dosis-politik/505958/afd-als-verdachtsfall-ingestuft/> Zugegriffen: 14. März 2022
- Braun S (2018) Asylstreit: Fehler, Mythen und Lügen in der Flüchtlingskrise. *Süddeutsche Zeitung*, Internet-Veröffentlichung 28. Juni. <https://www.sueddeutsche.de/politik/asylstreit-fehler-mythen-und-luegen-in-der-fluechtlingskrise-1.4033214-0>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Cantoni D, Hagemeister F, Westcott M (2019) Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology. *Münchener Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge (VWL) 2017-14* (14. September). <https://doi.org/10.5282/ubm/epub.40424>. Update: 25. Februar 2019. http://www.davidecantoni.net/pdfs/afd_draft_20190225.pdf. Zugegriffen: 03. März 2022
- Cantoni D (2019) „Wo die NSDAP erfolgreich war, ist es heute die AfD“. Interview mit Julia Friedrichs und Karsten Polke-Majewski. *Zeit online*, Internet-Veröffentlichung 25. Februar. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/afd-waehler-rechtsextremismus-nsdap-gemeinden-milieu/komplettansicht>. Zugegriffen: 03. März 2022
- CSU (2015) Deutschland braucht das starke Bayern. Migration – Leitkultur – Integration. Leitantrag für den CSU-Parteitag am 20./21. November in München. <https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/aktuell/meldungen/Veranstaltungen/Parteitag2015/PDFs/2015-11-20-Leitantrag-Migration-Leitkultur.Integration-beschlossen.pdf>. Zugegriffen: 28. Februar 2022

- Datt T, Merkel J, Pöls M (2022) Extremismus: Droht Ostdeutschland ein "heißer Herbst"? tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 23. August. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/herbst-proteste-103.html>. Zugegriffen: 23. August 2022
- Fahrenholz P (2011) Sarrazin: Wirbel um Auftritt in München. Therapeut und Brandstifter. Süddeutsche Zeitung, Internet-Veröffentlichung 14. März. <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/landkreismuenchen/sarrazin-wirbel-um-auftritt-in-muenchen-therapeut-und-brandstifter-1.1006734>. Zugegriffen: 24.02. 2022
- FFA (2022) Internet-Seite des Bündnisses „Freiberg für alle“. <https://freibergfuer-alle.de/offener-brief>. Zugegriffen: 21. Januar 2022
- Fiedler M (2019) Erklärung von DDR-Bürgerrechtlern: „AfD missbraucht friedliche Revolution“. Der Tagesspiegel, Internet-Veröffentlichung 20. August. <https://www.tagesspiegel.de/politik/erklaerung-von-ddr-buengerrechtlern-afd-missbraucht-friedliche-revolution/24922434.html>. Zugegriffen: 03. März 2022
- Fischer M (2011) Euro-Austritt: Mit der D-Mark zurück zu alter Stärke. Wirtschaftswoche, Internet-Veröffentlichung 21. Juli. <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/euro-austritt-mit-der-d-mark-zurueck-zu-alter-staerke/5211948-all.html>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Frey N (2022) Rechte Lehrer. Meinung, Süddeutsche Zeitung, 04. März
- Friedrich S (2022) Rechtsextreme Beamte Ein neuer "Radikalenerlass"? tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 24. Februar. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/rechtsextremismus-staatsdienst-101.html>. Zugegriffen: 24. Februar 2022
- Gensing P, Kumpfmüller K (2019) Historische Vergleiche: Leben wir in einer „DDR 2.0“? Faktenfinder, tagesschau.de. Internet-Veröffentlichung 02. August. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ddr-vergleich-wende-101.html>. Zugegriffen: 03. März 2022
- Geuther G, Watzke M (2016) Integration von Flüchtlingen / Ein Gesetz im Fadenkreuz der Kritik. Deutschlandfunk, Internet-Veröffentlichung 14. Mai. <https://www.deutschlandfunk.de/integration-von-fluechtlingen-ein-gesetz-im-fadenkreuz-der-100.html>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Geyer S (2017) Spionage: Der undemokratische Adenauer. Frankfurter Rundschau, Internet-Veröffentlichung 09. April. <https://www.fr.de/politik/undemokratische-adenauer-11048436.html>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Götzke M (2015) Pegida-Anfeindung in Dresden: „Montags gehe ich nicht raus“. Deutschlandfunk, Internet-Veröffentlichung 23. Januar. <https://www.deutschlandfunk.de/pegida-anfeindung-in-dresden-montags-gehe-ich-nicht-raus-100.html>. Zugegriffen: 01. März 2022

- Halder A (2022) AfD in Bayern: Zum Teil auf Moskaus Linie? tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 18. März. <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-russland-109.html>. Zugegriffen: 18. März 2022
- Hartmann G, Leistner A (2019) Das letzte Jahr der DDR. Umkämpftes Erbe – Zur Aktualität von „1989“ als Widerstandserzählung. Bundeszentrale für politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte. Internet-Veröffentlichung 23. August. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/295461/umkaempftes-erbe/#footnote-target-20>. Zugegriffen: 03. März 2022
- Hecking C, Maxwell P (2021) Umfrage zur Bundestagswahl: Ungeimpfte wählen vor allem AfD und „Die Basis“. Der Spiegel, Internet-Veröffentlichung 11. November. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-und-die-afd-zwei-von-drei-ungeimpften-waehlen-rechte-parteien-a-da3157d2-c123-4796-898a-9f6bb35ee918>. Zugegriffen: 03. März 2022
- Henke K-D (2022) Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage des BND in der Ära Adenauer. Ch. Links, Berlin
- Kurbjuweit D (2010) Der Wutbürger. Stuttgart 21 und Sarrazin-Debatte: Warum die Deutschen so viel protestieren. Der Spiegel 41/2010. <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/74184564>. Zugegriffen: 26. Februar 2022
- Küstner K (2022) Abstimmungserfolge auf Parteitag: Höckes Machtdemonstration ohnegleichen. tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 19. Juni. <https://www.tagesschau.de/kommentar/kommentar-afd-parteitag-101.html>. Zugegriffen: 20. Juni 2022
- Mansholt M (2018) Bernd statt Björn: So feiert die „Heute Show“ die Höcke-Panne des Bundestags. stern.de, Internet-Veröffentlichung 27. Januar. <https://www.stern.de/kultur/tv/bernd-statt-bjoern--so-feiert-die--heute-show--die-hoecke-panne-des-bundestags-7839714.html>. Zugegriffen: 08. Februar 2022
- MDR (2021a) Polizei stoppt Corona-Demonstrationen in mehreren sächsischen Städten. MDR Sachsen, Internet-Veröffentlichung 06. Dezember. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/corona-demonstration-freiberg-chemnitz-bautzen-polizei-100.html>. Zugegriffen: 07. Dezember 2021
- MDR (2021b) Corona-Impfdebatte: Rücktrittsforderungen an Freiburger Vize-OB nach Völkermord-Aussage. MDR Sachsen, Internet-Veröffentlichung 12. Dezember. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/chemnitz/freiberg/kritik-baubuergermeister-vergleich-armenier-ungeimpfte-100.html>. Zugegriffen: 17. Dezember 2021
- MDR (2022a) Menschenkette in Dresden sendet Friedensbotschaft in die Welt. MDR Sachsen, Internet-Veröffentlichung 13. Februar. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/dresden-radebeul/dreizehnter-februar-gedenken-proteste-menschenkette-100.html>. Zugegriffen: 14. März 2022

- MDR (2022b) Betroffene Reporter entsetzt über Gewalt bei Corona-Protest in Dresden-Laubegast. MDR Sachsen, Internet-Veröffentlichung 14. Februar. <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/dresden-radebeul/corona-laubegast-angriff-100.html>. Zugegriffen: 14. März 2022
- Mölter J (2022) „Mir ringt das alles nur ein Kopfschütteln ab“. Süddeutsche Zeitung, 11. Januar
- Naber I (2020) Extremisten nutzen Corona-Lage wie in der Flüchtlingskrise. Die Welt, Internet-Veröffentlichung 17. Mai. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article208035007/BfV-Extremisten-nutzen-Corona-Proteste-wie-in-Fluechtlingskrise.html>. Zugegriffen: 13. März 2022
- NDR (2022) In Rostock-Lichtenhagen eskaliert vor 30 Jahren der Fremdenhass. Norddeutscher Rundfunk, Internet-Veröffentlichung 22. August. <https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/In-Rostock-Lichtenhagen-eskaliert-vor-30-Jahren-der-Fremdenhass,lichtenhagen159.html>.
- Paul R (2018) Aufarbeitung des Radikalenerlasses: Die Zeit der Berufsverbote. taz, Inter-Veröffentlichung 30. Januar. <https://taz.de/Aufarbeitung-des-Radikalenerlasses/!5477908/>. Zugegriffen: 15. März 2022
- Pro Asyl (2015) Bayern setzt mit Arbeitsverboten auf eine neue Abschreckungspolitik. Pro Asyl, Internet-Veröffentlichung 28. Mai. <https://www.proasyl.de/news/bayern-setzt-mit-arbeitsverboten-auf-eine-neue-abschreckungspolitik/>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Pro Asyl (2017) Lagerpflicht für alle: Bayern will Flüchtlinge isolieren. Pro Asyl, Internet-Veröffentlichung 12. Juli. <https://www.proasyl.de/news/lagerpflicht-fuer-alle-bayern-will-fluechtlinge-isolieren/>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Raack A (2021) „Alles war verrottet“. Interview mit dem Historiker und DDR-Experten Ilko-Sascha Kowalczuk zur Situation des DDR-Fußballs nach der Wende. Süddeutsche Zeitung Magazin, 19. März, 28–33
- Reveland C, Siefert V (2022) Russlands Krieg gegen die Ukraine: „Querdenker“ für Putin. tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 04. März. <https://www.tagesschau.de/investigativ/reaktionen-auf-putin-von-querdenkern-und-verschwourungs-ideologen-101.html>. Zugegriffen: 13. März 2022
- Rohwedder W (2021) Antisemitische Aussagen: Wie das Unaussprechbare sagbar wird. tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 20. November. <https://www.tagesschau.de/investigativ/bhakdi-antisemitismus-103.html>. Zugegriffen: 21. November 2021
- Sälter G (2022) NS-Kontinuitäten im BND. Rekrutierung, Diskurse, Vernetzungen. Christoph Links Verlag, Berlin. Rezensiert durch Winkler W, „Die Mörderbande von Pullach“, Süddeutsche Zeitung, 30. September, 10–11

- Schulte von Drach MC (2022) Die und wir – unversöhnlich. Süddeutsche Zeitung, 04. Februar
- Schultz T (Hrsg) (2021) Auf dem rechten Auge blind? Rechtsextremismus in Deutschland. Kohlhammer, Stuttgart
- Spiegel (2021) Analyse im Auftrag von jüdischer NGO: Antisemitismus gehört laut Studie zum „programmatischen Kern“ der AfD. Der Spiegel, Internet-Veröffentlichung 17. Dezember. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-antisemitismus-gehoert-laut-studie-zum-programmatischen-kern-der-partei-ae57381b-a3c2-4910-a69e-d68e0bac8f73>. Zugegriffen: 01. März 2022
- Stempfle M (2022) Bundesinnenministerium: Was steckt in Faesers Plan gegen Rechts? tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 15. März. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/aktionsplan-rechtsextremismus-101.html>. Zugegriffen: 15. März 2022
- Sundermeyer O (2022) Proteste gegen hohe Energiepreise Auftakt für einen "heißen Herbst"? tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 06. September. <https://www.tagesschau.de/inland/herbst-proteste-105.html>. Zugegriffen: 06. September 2022
- taz (2022) Druck auf Klimaschützer: Staatsschutz geht gegen Fridays vor. taz, Internet-Veröffentlichung 10. Januar. <https://taz.de/Druck-auf-Klimaschuetzer/!5824934/>. Zugegriffen: 14. März 2022
- TS (2022) Fremdenfeindlichkeit: Jeden Tag zwei Angriffe auf Asylbewerber. tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 09. August. <https://www.tagesschau.de/inland/asylbewerber-angriffe-101.html>. Zugegriffen: 10. August 2022
- Tillack A (2022) Impfgegner in Österreich: „Das ist nicht a bissl Shitstorm“. tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung 31. Januar. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/oesterreich-impfgegner-101.html>. Zugegriffen: 13. März 2022
- Weiland S (2015) Politiker-Streit über Dialog mit Pegida: Ja, nein, vielleicht. Der Spiegel, Internet-Veröffentlichung 20. Januar. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-mit-pegida-reden-ja-nein-vielleicht-a-1013943.html>. Zugegriffen: 14. März 2022
- Wenski G (2021) Selbstmanagement im Beruf. Springer, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-33249-5>
- Wenski G (2022a) Die Flucht aus Ostpreußen. Internet-Veröffentlichung 02. Januar. http://wenski-consulting.com/.cm4all/uproc.php/0/Wenski_Kognitive_Effekte_Flucht_aus_Ostpreußen.pdf?cdp=a&_=17e1ae44626. Zugegriffen: 01. März 2022
- Wenski G (2022b) Das kleine Handbuch kognitiver Irrtümer. Denkfehler vermeiden – mit Psychologie & Verhaltensökonomik. Springer, Berlin, Heidelberg. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-64776-9>

- Werner N (2020) Strukturen des modernen Rechtsextremismus. Expertin: Staat auf rechtem Auge blind. MDR, Internet-Veröffentlichung 20. Februar. <https://www.mdr.de/geschichte/ns-zeit/terror-von-rechts-deutschland-100.html>. Zugegriffen: 14. März 2022
- Wiebe J-H (2022) „Querdenker“-Szene: Täglich Tötungsaufrufe auf Telegram. tagesschau.de, Internet-Veröffentlichung vom 05. Januar 2022. <https://www.tagesschau.de/investigativ/funk/todesdrohungen-telegram-101.html>. Zugegriffen: 06. Januar 2022
- Wikipedia (2022a) Alternative für Deutschland. https://de.wikipedia.org/wiki/Alternative_für_Deutschland. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Wikipedia (2022b) Ankerzentrum. <https://de.wikipedia.org/wiki/Ankerzentrum>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Wikipedia (2022c) Ausschreitungen in Hoyerswerda. https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Hoyerswerda. Zugegriffen: 25. Februar 2022
- Wikipedia (2022d) Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen. https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Rostock-Lichtenhagen. Zugegriffen: 25. Februar 2022
- Wikipedia (2022e) Björn Höcke. https://de.wikipedia.org/wiki/Björn_Höcke#Bernd_Höcke. Zugegriffen: 14. März 2022
- Wikipedia (2022f) Der Flügel. https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Flügel. Zugegriffen: 01. März 2022
- Wikipedia (2022g) Euro. <https://de.wikipedia.org/wiki/Euro>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Wikipedia (2022h) EU-Skepsis. <https://de.wikipedia.org/wiki/EU-Skepsis>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Wikipedia (2022i) Flashmob. <https://de.wikipedia.org/wiki/Flashmob>. Zugegriffen: 14. März 2022
- Wikipedia (2022j) Flüchtlingskrise in Deutschland 2015/2016. https://de.wikipedia.org/wiki/Flüchtlingskrise_in_Deutschland_2015/2016. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Wikipedia (2022k) Hans Globke. https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Globke. Zugegriffen: 14. März 2022
- Wikipedia (2022l) Liste ehemaliger NSDAP-Mitglieder, die nach Mai 1945 politisch tätig waren. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_ehemaliger_NSAP-Mitglieder,_die_nach_Mai_1945_politisch_tätig_waren. Zugegriffen: 14. März 2022
- Wikipedia (2022m) Liste geflügelter Worte. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_geflügelter_Worte/W. Zugegriffen: 09. Juni 2022
- Wikipedia (2022n) Menschenrechte in Eritrea. https://de.wikipedia.org/wiki/Menschenrechte_in_Eritrea. Zugegriffen: 31. März 2022

- Wikipedia (2022o) Pegida. <https://de.wikipedia.org/wiki/Pegida>. Zugegriffen: 28. Februar 2022
- Wikipedia (2022p) Proteste gegen Schutzmaßnahmen zur COVID-19-Pandemie in Deutschland. https://de.wikipedia.org/wiki/Proteste_gegen_Schutzmaßnahmen_zur_COVID-19-Pandemie_in_Deutschland. Zugegriffen: 13. März 2022
- Wikipedia (2022q) Psychologie der Massen. https://de.wikipedia.org/wiki/Psychologie_der_Massen. Zugegriffen: 08. Februar 2022
- Wikipedia (2022r) SPARS Pandemic 2025–2028. https://de.wikipedia.org/wiki/SPARS_Pandemic_2025–2028. Zugegriffen: 31. März 2022
- Wikipedia (2022s) Wutbürger. <https://de.wikipedia.org/wiki/Wutbürger>. Zugegriffen: 25. Februar 2022
- ZEIT (2017) Ermittlungsspannen: Angehörige der NSU-Opfer verklagen den Staat. Zeit online, Internet-Veröffentlichung 18. Juni. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-06/ermittlungsspannen-nsu-opfer-familien-schadensersatz>. Zugegriffen: 14. März 2022
- ZEIT (2021) AfD Sachsen ist Verdachtsfall für Verfassungsschutz. Zeit online, Internet-Veröffentlichung 02. Februar. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-02/adf-sachsen-verfassungsschutz-verdachtsfall-rechtsextremismus>. Zugegriffen: 03. März 2022